

## Inhaltsverzeichnis

<b>Antrag LV</b>	
<b>LV001</b>	<b>Innovationsmotor trifft Chancenkontinent - Ein funktionierendes Berlin in einem liberalen Europa</b> Landesvorstand
<b>Antrag LV</b>	
<b>LV Neu002</b>	<b>Damit Demokratie wehrhaft bleibt</b> Landesvorstand
<b>Anträge</b>	
<b>A001</b>	<b>Menschen- und Bürgerrechte von LSBTI brauchen eine starke Stimme in Europa</b> FA 14 LGBTI-Politik, FA 09 Internationale Politik
<b>A002</b>	<b>Rückkehr zur Optionspflicht beim Staatsbürgerschaftsrecht</b> LFA 08 Integration & Migration
<b>A003</b>	<b>Berufsbezeichnungen besser schützen.</b> Bezirksverband Treptow-Köpenick
<b>A004</b>	<b>Mehr Transparenz in der Hochschulpolitik</b> LFA 06 Hochschulen, Forschung und Technologie
<b>A005</b>	<b>Die Berliner Luft – Fortschreibung des Luftreinhalteplans 2018-2025 wissenschaftlich fundiert begleiten und mangelhafte wissenschaftliche Fundierung der bestehenden Stickoxidgrenzwerte berücksichtigen.</b> Ortsverband Steglitz
<b>A006</b>	<b>Eine neue Berliner Verkehrspolitik – Grün und dennoch frei</b> David Jahn für die Jungen Liberalen Berlin
<b>A007</b>	<b>Gerechtigkeit im öffentlichen Nahverkehr</b> David Jahn für die Jungen Liberalen Berlin
<b>A008</b>	<b>Keine Quoten bei öffentlichen Wahlen!</b> David Jahn für die Jungen Liberalen Berlin
<b>A009</b>	<b>Taximarkt liberalisieren und digitalisieren</b> David Jahn für die Jungen Liberalen Berlin

<p><b>A010</b></p>	<p><b>Echte Verbesserung statt Feiertagssymbolik: Neun Ansätze für eine funktionierende Frauenpolitik</b>                  LFA 04 Gender, Liberale Frauen Berlin, Dr. Maren Jasper-Winter Mda, Christoph Meyer MdB, Daniela Kluckert MdB, Sebastian Czaja Mda, Katja v. Maur-Reinhold, Athanasia Rousiamani-Goldthau, Carola v. Braun</p>
<p><b>A011</b></p>	<p><b>Smart City konkret und bürgernah: Mit LoRaWAN und Open Data gemeinsam das vernetzte Berlin starten</b>                  Ortsverband Prenzlauer Berg</p>
<p><b>Satzungsänderungsanträge</b></p>	
<p><b>SÄA001</b></p>	<p><b>Anpassung LFA -Reform</b>                  FDP Landesvorstand</p>
<p><b>SÄA002</b></p>	<p><b>Harmonisierung der Berechnungsfristen</b>                  FDP Landesvorstand</p>
<p><b>SÄA003</b></p>	<p><b>Alex-Müller-Verfahren vorziehen</b>                  Jungen Liberalen Berlin, FDP Friedrichshain-Kreuzberg, Christoph Meyer MdB</p>
<p><b>SÄA004</b></p>	<p><b>Landesparteitag als Landesmitgliederversammlung</b>                  OV Schöneberg</p>

# Antrag LV001

**Betr.: Innovationsmotor trifft Chancenkontinent - Ein funktionierendes Berlin in einem liberalen Europa**

**Antragsteller: Landesvorstand**

1 Berlin hat nicht zuletzt wegen seiner geographischen Lage im Herzen Europas  
2 so sehr von Europa profitiert, wie kaum eine andere Stadt. Der europäische  
3 Einigungsprozess hat die Wiedervereinigung unserer geteilten Stadt maßgeblich  
4 befördert. Die Europäische Union hat einer von Krieg und Teilung geplagten  
5 Stadt, einen Neuanfang mit Wohlstand, Freiheit, Frieden und offenen Grenzen  
6 ermöglicht. Konnten Berlinerinnen und Berliner vor 1989 häufig nicht einmal von  
7 einem zum anderen Ende der Stadt fahren, so können sie heute schrankenlos  
8 von Lissabon bis Nikosia, von Helsinki bis Valletta reisen.

9 Bei der Wahl zum Europäischen Parlament am 26. Mai 2019 geht es darum  
10 viele der europäischen Erfolge und Freiheiten zu verteidigen. Es geht aber auch  
11 darum deutlich zu machen, was es zu gewinnen gibt, wenn Liberale in Europa  
12 mitgestalten; welches Potential die EU noch entfalten kann, wenn sie die  
13 richtigen Prioritäten setzt.

14 Berlin mit seinen engagierten Menschen, mit seiner innovativen Gründer-,  
15 Kreativ- und Wissenschaftsszene, Kultureinrichtungen und Unternehmen, seiner  
16 Internationalität spiegelt Europas Vielfalt im Kleinen wider. In Berlin setzen wir  
17 Freien Demokraten uns dafür ein, dass sich unsere großartige Stadt auch in der  
18 Qualität ihrer Politik zeigt. In Brüssel wollen wir uns dafür einsetzen, dass  
19 Europa und Berlin gemeinsam ihre Chancen nutzen.

## 20 **Mut zur Erneuerung**

21 Europa braucht Mut zur Erneuerung. Deswegen haben wir Freie Demokraten  
22 mit unserem Wahlprogramm „Europas Chancen nutzen“ einen Weg  
23 eingeschlagen, der keinen Zweifel daran lässt, dass wir die Europäische Union  
24 besser und stärker machen wollen. Die EU gewinnt neue Chancen durch mehr  
25 Nähe und Mitspracherecht. Wir wollen die Beteiligung der Bürgerinnen und  
26 Bürger stärken, institutionelle Reformen vorantreiben und dabei Bürokratie  
27 abbauen. Das Europäische Parlament soll endlich auch selbst Gesetze initiieren  
28 können und ein echtes Vollparlament mit einem festen Tagungsort werden. Die  
29 ständige Pendelei zwischen Brüssel und Straßburg, die erhebliche  
30 Haushaltsmittel verschlingt, wollen wir beenden. Die EU-Kommission soll  
31 verkleinert werden. Bis spätestens 2022 muss ein Europäischer Konvent  
32 einberufen werden, der den Weg zu einer gemeinsamen Verfassung für ein  
33 bundesstaatlich verfasstes Europa ebnet. Die Europäische Union muss ihre  
34 Strukturen grundlegend überdenken. Kompetenzen müssen eindeutig zugeordnet  
35 und das Subsidiaritätsprinzip eingehalten werden. Die Europäische Union soll  
36 nicht alles regeln, aber das, was sie regelt, soll sie richtig regeln. Nur wenn es

## Seite 4

37 uns gelingt, den europäischen Mehrwert zur Richtschnur europäischer Politik zu  
38 machen und diesen zu kommunizieren, werden wir das Potential der EU in  
39 Zukunft ausschöpfen können. Die Europäische Union ist ein Versprechen an ihre  
40 Bürgerinnen und Bürger auf Frieden, Freiheit, Demokratie und Wohlstand. Wir  
41 wollen dafür sorgen, dass dieses Versprechen in allen Mitgliedstaaten gültig ist.

### 42 **Europas Freiheiten**

43 Die Möglichkeit frei zu reisen, zu arbeiten und zu handeln ist nicht nur ein  
44 Ausdruck von persönlicher Freiheit, sondern auch eine Quelle für Wohlstand und  
45 Wachstum. Gerade als Berliner und Berlinerinnen wissen wir um den Wert  
46 dieser Freiheit. Ein liberales Europa braucht einen funktionierenden Rechtsstaat,  
47 eine unabhängige Justiz und eine freie Presse. Ein liberales Europa muss  
48 Wettbewerbshindernissen in seinem Binnenmarkt verhindern, die Vertiefung des  
49 Binnenmarktes etwa im Bereich der Digitalisierung vorantreiben und den  
50 Freihandel in der Welt fördern. Europa muss die Grundlagen seines Wohlstands  
51 sichern, neue Chancen erkennen und ergreifen. Für den EU-Binnenmarkt  
52 brauchen wir faire Wettbewerbsregeln – ebenso wie faire Chancen für Start-ups  
53 und kleine und mittlere Unternehmen. Denn sie sind das Rückgrat der  
54 europäischen Wirtschaft und Motor für Wachstum und Innovation.

55 Zentral ist auch eine solide Politik beim Euro. Hier müssen die EU und ihre  
56 Mitgliedsstaaten mehr Verantwortung übernehmen und sich an die gemeinsam  
57 beschlossenen Regeln halten. So erhalten wir eine starke und stabile  
58 Gemeinschaftswährung.

59 Energieerzeugung und Klimaschutz können wir auch nur gemeinsam angehen –  
60 international mithilfe des Emissionshandels.

61 Damit Reisen, Arbeit, Ausbildung, Studium in der EU noch einfacher wird,  
62 wollen wir Englisch in allen Ämtern Europas als zweite Verwaltungssprache  
63 einführen. Hier sollte der Senat in Berlin mit der zeitnahen Einführung von  
64 Englisch als zusätzliche Verkehrssprache in der Verwaltung als Vorbild agieren,  
65 auch um Berlin noch attraktiver für internationale Unternehmen zu machen.  
66 Insbesondere für den anstehenden Austritt Großbritanniens aus der  
67 Europäischen Union ist das von Bedeutung. Denn neben dem großen Schaden,  
68 den der Brexit für die britische und die europäischen Volkswirtschaften anrichten  
69 wird, bietet er auch Chancen für den Wirtschaftsstandort Berlin, die es zu nutzen  
70 gilt.

71 Zudem wollen wir die Bildungsfreizügigkeit als neue Grundfreiheit schaffen: Alle  
72 EU-Bürgerinnen und EU-Bürger sollen Bildungsangebote in jedem EU-Land  
73 annehmen können. Insbesondere Familien werden hierdurch profitieren, da sie  
74 durch einen Arbeitsplatzwechsel weniger bürokratische Hürden bei der  
75 Ausbildung ihrer Kinder erfahren werden. Zudem führt die Bildungs- und  
76 Forschungsfreizügigkeit zusammen mit einem verstärkten kulturellen Austausch  
77 auch zu einem stärkeren Bewusstsein, Europäerin oder Europäer zu sein. Um  
78 das zu schaffen müssen Informationen verbessert und Zugang zu diesen  
79 Möglichkeiten vereinfacht werden.

### 80 **Innovationsmotor Europas**

81 Mit seinen zahlreichen Start-ups, Spitzenforschungseinrichtungen, den  
82 Exzellenzuniversitäten sowie seiner vielfältigen Wissenschaftslandschaft ist Berlin  
83 ein Innovationsmotor Europas. Berlin ist die Stadt der Ideen und soll noch mehr  
84 von der Forschungs- und Entwicklungsförderung profitieren. Wir sind davon  
85 überzeugt, dass der Schwerpunkt europäischer Investitionsanstrengungen in den  
86 nächsten Jahren im Bereich der Bildung und Forschung liegen muss. Im  
87 Haushalt der EU soll Forschung künftig stärker gefördert werden. Zugleich wollen  
88 wir die existierenden exzellenten Forschungszentren in der Europäischen Union  
89 stärker vernetzen. Denn wissenschaftliche Erkenntnisse haben keine  
90 Staatsbürgerschaft, sondern fördern den Fortschritt überall in unserer  
91 Gesellschaft und der Welt, wenn wir sie teilen.

92 Wir fordern ein klares Bekenntnis der europäischen  
93 Forschungsförderprogramme zur ergebnisoffenen Grundlagenforschung, denn  
94 nur diese hat das Potential, wirklich neuartige, „disruptive“ Ansätze und  
95 Erkenntnisse zu generieren. Der Antragsprozess bei Horizont Europa soll  
96 erleichtert werden, in dem in einem zweistufigen Verfahren zunächst nur eine  
97 Projektskizze eingereicht wird. Außerdem soll die EU bilaterale und multilaterale  
98 Zusammenarbeit der Forschungszentren verstärkt unterstützen. Mit Blick auf die  
99 europäischen Fördermöglichkeiten werden wir uns aktiv dafür einsetzen, Berliner  
100 Unternehmen über die Möglichkeiten der Erlangung von Europäischen  
101 Fördermitteln insbesondere im Bereich von Forschung und Entwicklung zu  
102 informieren und diese für eine Europäische Förderung zu begeistern. Dies  
103 unterstützt nicht nur den Forschungs- und Entwicklungsstandort in Berlin,  
104 sondern fördert gleichzeitig die Verbindung Berliner Unternehmen zu anderen  
105 europäischen Unternehmen und Hochschulen und damit den europäischen  
106 Gedanken insgesamt.

### 107 **Europas Chancen für Berlin nutzen**

108 Berlin zieht an: Unsere Stadt ist ein politischer, wirtschaftlicher, kultureller und  
109 touristischer Magnet in Europa. Trotzdem kann unsere Stadt die Chancen  
110 Europas noch besser nutzen. Berlin kann eine Brückenfunktion zu den  
111 osteuropäischen Ländern innerhalb und außerhalb der Europäischen Union  
112 einnehmen. Der Senat steht in der Verantwortung, ein Drehkreuz Europas in den  
113 Osten zu schaffen sowohl im Bereich der innergemeinschaftlichen Infrastruktur,  
114 als auch durch Gesprächskanäle zu den Städten Europas, bei denen  
115 gemeinsame Interessen und europäische Werte im Vordergrund stehen.

116 Mit dem Ausbau der transeuropäischen Verkehrsnetze und der zielgerichteten  
117 Nutzung europäischer Instrumente zur Förderung von Wachstum, Infrastruktur  
118 und Arbeitsplätzen in Berlin, können wir den Mehrwert Europas noch deutlicher  
119 machen. Nicht jede Fördermaßnahme muss genutzt werden, aber Berliner  
120 Unternehmen sollen diese Entscheidung selber treffen und nicht durch  
121 bürokratische Hürden abgehalten werden.

## Seite 6

122 Wir wollen eine dienstleistungsorientierte und auf Europa eingestellte Berliner  
123 Verwaltung. Dazu gehören Mehrsprachigkeit, Digitalisierung und Transparenz bei  
124 Verwaltungsleistungen sowie die stärkere Berücksichtigung des europäischen  
125 Kontexts bei allen anfallenden Verwaltungsaufgaben.

126 Auch bei der Schaffung von neuem Wohnraum in Berlin hilft europäisches  
127 Denken. Die Anforderungen der europäischen Bauprodukte-Verordnung im  
128 harmonisierten Bereich und das Regelwerk technische Baubestimmungen auf  
129 nationaler Ebene führen zu einer doppelten Regulierung. Diese wollen wir  
130 auflösen. Dabei setzen wir auf eine weitergehende europäische Harmonisierung.  
131 Die Vorgaben der europäischen Energieeffizienz-Richtlinie und der  
132 Gebäuderichtlinie wollen wir nur noch mit geringstmöglichen Eingriffen umsetzen.

133 Doch wir wollen nicht nur in Berlin, sondern auch in Brüssel besser werden –  
134 vor allem indem Berlin in Brüssel besser vertreten ist. Das schaffen wir durch  
135 eine stärkere Präsenz des Senats von Berlin in den europäischen Institutionen  
136 eine zielgerichtete Abstimmung und Koordinierung der Senatsverwaltungen in  
137 Angelegenheiten der Europäischen Union sowie die Förderung des  
138 Personalaustauschs zwischen der Landesverwaltung und der Europäischen  
139 Kommission etwa durch attraktivere Karriereaussichten nach einer Station im  
140 EU-Ausland. Zudem bedarf es einer engeren Kooperation zwischen den  
141 Landesregierungen von Berlin und Brandenburg in europapolitischen Fragen.  
142 Damit die Stimme der Länder besser gehört wird, soll sich neben den nationalen  
143 Parlamenten auch der auf EU-Ebene angesiedelte Ausschuss der Regionen  
144 regelmäßig mit Subsidiaritätsfragen befassen. Er sollte verkleinert werden und  
145 als echte „Subsidiaritätskammer“ nicht nur Stellungnahmen abgeben, sondern  
146 auch von seinem Recht Gebrauch machen, eine Verletzung der Subsidiarität  
147 selbst zu rügen.

148 Damit die Menschen in unserer Stadt mehr von Europas Möglichkeiten  
149 profitieren können, müssen sie stärker darüber informiert werden. Wir setzen uns  
150 dafür ein, dass Berlin in Bildungseinrichtungen mehr über die Nutzung der  
151 europäischen Programme für Jugendaustausch und Auslandsaufenthalte bei  
152 Schülern, Studenten und Auszubildenden informiert sowie an Schulen und  
153 Volkshochschulen Kenntnisse über Sprache, Kultur und Geschichte unserer  
154 europäischen Nachbarn sowie die Arbeitsweise der Europäischen Union gezielt  
155 gefördert werden.

156 Die vielen Kultureinrichtungen in Berlin sind seit jeher in ihrer Programmatik  
157 europäisch geprägt, nicht nur durch die im Vordergrund stehenden Komponisten,  
158 Maler und Schriftsteller, sondern auch durch die Internationalität der  
159 ausführenden Künstler. Diesen europäischen Charakter unserer Kulturszene  
160 sollten wir erhalten und fördern. Wichtige historische Baudenkmäler mit  
161 besonderer europäischer Bedeutung sollen über eine europäische Initiative,  
162 ähnlich dem National Trust in Großbritannien, gemeinsam mit dem Engagement  
163 regionaler Partner erhalten, gefördert und beworben werden.

## Seite 7

164 Viel zu häufig vernachlässigt der Senat von Berlin seine europäischen  
165 Städtepartnerschaften. Wir wollen die Städtepartnerschaften von Berlin und  
166 seinen Bezirken stärker verzahnen und zur Vernetzung von Menschen,  
167 Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung nutzen, die der Verständigung und  
168 Verteidigung gemeinsamer Werte wie der Menschenrechte und der  
169 marktwirtschaftlichen Ordnung dient. Insbesondere wollen wir uns für alle  
170 Formen von Kooperation der Hauptstadtregion mit der Nachbarregion jenseits  
171 von Oder und Neiße einsetzen. Europa ist mehr als Institutionen, Richtlinien und  
172 Verordnungen, sondern lebt vom Austausch seiner Menschen. Diese Chance  
173 wollen wir nutzen.

174 Bei dieser Europawahl können wir Europa gemeinsam besser machen. Im  
175 Bündnis mit unseren liberalen europäischen Partnern in der Allianz der Liberalen  
176 und Demokraten für Europa und La République EnMarche können wir ein  
177 freiheitliches Europa gestalten. Dafür brauchen wir Ihren Mut zur Veränderung  
178 und Ihre Stimme für die Freien Demokraten.

179

### **Begründung:**

erfolgt mündlich

# Antrag LV Neu002

**Betr.: Damit Demokratie wehrhaft bleibt**

**Antragsteller: Landesvorstand**

1 Die liberale Demokratie, so wie wir sie uns vorstellen, so wie wir sie kennen,  
2 zeichnet sich durch drei Kernelemente aus: Verantwortung – für das eigene Tun,  
3 aber auch für die Gemeinschaft. Effizienz, denn Staat soll nur dort sein, wo er  
4 gebraucht wird. Und über allem: Freiheit, nur eingeschränkt durch den Freiraum  
5 des anderen. Die liberale Demokratie engt nicht ein. Demokratie befreit. Sie  
6 grenzt nicht aus. Demokratie bezieht ein. Sie ist nicht wahllos, aber sie ist  
7 differenziert.

8 Legen wir diesen Maßstab an und blicken mit offenen Augen auf die Welt um  
9 uns. Was sehen wir? Populisten – völkische und sozialistische –, die mit ebenso  
10 kurzen, wie einfachen und eben oft falschen Antworten vermeintliche Lösungen  
11 für Probleme bieten. Durch Stimmungs- und Meinungsmache, Fake-News,  
12 Propaganda, wie man es früher nannte, wird versucht die Gesellschaft zu  
13 spalten. Und die demokratischen Institutionen? Sie grenzen eben nicht aus,  
14 versuchen einzubeziehen und Meinungen zuzulassen, bis an die Schmerzgrenze  
15 und oft darüber hinaus. Die liberale Demokratie tut sich oftmals schwer mit dem  
16 Kampf gegen ihre Feinde, weil diese es verstanden haben, die ihnen  
17 zugesicherte Freiheit maximal zu nutzen. Eine Freiheit, die sie eigentlich  
18 bekämpfen.

19 Demokratie ist weltweit bedroht. Ungarn und Polen liegen in unserer direkten  
20 Nachbarschaft. Deutschland, mit einer rechtspopulistischen Partei im Bundestag,  
21 deren Flügel und Vorfeldorganisationen vom Verfassungsschutz beobachtet  
22 werden müssen. Und in Berlin? Niemand spricht dem Land den Status einer  
23 liberalen Demokratie ab. Und doch: Rechtspopulisten im Parlament, linksextreme  
24 Positionen im Senat. Stimmungsmache von Hetzern in sozialen Medien fällt auf  
25 fruchtbaren Boden.

26 Dies alles zeigt uns: Es wird Zeit, dass wir uns noch stärker auf die Werte  
27 unserer freiheitlichen Grundordnung als Grundlage unseres gesellschaftlichen  
28 Reichtums besinnen. Es wird Zeit, dass wir der Angstmacherei und Panikmache  
29 entgegentreten, selbstbewusst und im Vertrauen auf unsere Werte. Aber auch in  
30 dem Bewusstsein, dass die liberale Demokratie vom Wandel lebt und Kritik  
31 aufgenommen werden muss, wo ihre Akzeptanz bedroht ist.

## 32 **I. Funktionierende Demokratie**

### 33 **1. Mensch und Politik**

34 Politik ist für den Menschen da. Politische Entscheidungen müssen sich deshalb  
35 an der individuellen Freiheit des Einzelnen orientieren. Wir wollen die Bürger



## Seite 9

36 nicht umerziehen, sie bevormunden oder gängeln. Wir wollen ihnen mit unserer  
37 Politik Chancen eröffnen – in Deutschland und Berlin. Wir wollen eine  
38 funktionierende Stadt, die Freiräume schafft. Politik muss die Probleme der  
39 Menschen in unserer Gesellschaft lösen – effizient und mit möglichst wenigen  
40 Eingriffen in persönliche Freiheiten. Dafür setzen wir uns ein. Mit klaren  
41 Prioritäten für Vorhaben. Statt knappe Ressourcen auf Orchideenprojekte zu  
42 verschwenden, wollen wir die Herausforderungen unserer Stadt angehen.

### 43 **2. Smarte Wahlrechtsreform jetzt!**

44 In einer liberalen Demokratie stehen unterschiedliche Ideen im Wettbewerb.  
45 Jede Denkrichtung hat die Chance, sich durchzusetzen und Mehrheiten zu  
46 finden. Auswahl und wechselnde Mehrheiten bereichern unser Leben und unser  
47 Gemeinwesen.

48 Jedoch kann es auch in Demokratien zu langen Phasen strukturell  
49 gleichbleibender Mehrheiten kommen. Diese sind zwar Ausdruck des Willens der  
50 Mehrheit der Bürger. Häufig gehen diese strukturellen Mehrheiten allerdings auch  
51 mit personeller Identität einher. Andere Zeiten, neue Herausforderungen an  
52 Politik, aber immer dieselben Gesichter auf den entsprechenden Positionen.  
53 Diese Verharrungstendenzen gehen häufig zulasten von Kreativität, Elan und  
54 Schaffenskraft. Ab einem gewissen Punkt wird nicht mehr gestaltet, sondern der  
55 selbst erarbeitete Status-quo nur noch verwaltet oder nahezu ausschließlich  
56 zugunsten einer bestimmten Bevölkerungsgruppe gemacht. Demokratie bedeutet  
57 auch immer die Delegation von Verantwortung auf Zeit.

58 Die FDP Berlin setzt sich daher für eine Wahlrechtsreform zur nächsten  
59 Legislaturperiode ein: Die Amtszeit von Mitgliedern des Senats ist auf zwei  
60 Legislaturperioden zu begrenzen, das Amt des Regierenden Bürgermeisters kann  
61 zusätzlich für zwei weitere Legislaturen ausgeübt werden. Korrespondierend  
62 wollen wir auch mehr Fluktuation im Parlament und in den  
63 Bezirksverordnetenversammlungen. Hier schlagen wir eine Mandats- bzw.  
64 Amtszeitbegrenzung auf die Länge von je vier Legislaturperioden (20 Jahre) vor.  
65 Korrespondierend soll das für den Bundestag und das Europäische Parlament  
66 gelten.

67 Wenn wir über Effizienz und Legitimation von demokratischen Institutionen  
68 sprechen, kommen wir aber auch um eine echte Parlamentsreform nicht herum.  
69 Die von den Bürgern gewählten Repräsentanten müssen ihrer Aufgabe  
70 nachkommen können: der Kontrolle und Anweisung der Regierung. Dafür  
71 müssen sie technisch und infrastrukturell so ausgestattet sein, dass sie dieser  
72 Aufgabe mit angemessenem Zeit- und Ressourcenaufwand nachkommen  
73 können.

74 Wir fordern daher, dass das Abgeordnetenhaus als Vollzeitparlament mit einer  
75 gesetzlichen Sitzzahl von 130 arbeitet. Die Sitzverteilung nach dem bisherigen  
76 Wahlkreisschlüssel und der Gewichtung von Erst- zu Zweitstimme ist besonders  
77 anfällig für das Generieren von Überhang- und Ausgleichsmandaten, welche das  
78 Landesparlament regelmäßig größer werden lassen. Ein vergleichbarer Effekt bei

## Seite 10

79 der Wahl zum Deutschen Bundestag wird in der Öffentlichkeit kritisch diskutiert.  
80 Daher wollen wir die Zahl der Wahlkreise entsprechend reduzieren.

81 **(Beratungshinweis: Die kursiv gesetzten Textoptionen 1 und 2 in den Zeilen**  
82 **83 bis 107 werden als Entscheidungsalternativen beraten und**  
83 **gegeneinander zur Abstimmung gestellt.)**

84 ***Option 1:** Wir wollen junge Menschen frühzeitig für die Demokratie begeistern.*  
85 *In der Schule, Hochschule und bei den Wahlen zur*  
86 *Bezirksverordnetenversammlung können auch Menschen unter und über 18*  
87 *bereits frühzeitig Verantwortung für sich und ihre Mitmenschen in ihrer*  
88 *Umgebung übernehmen. Im Jahr 1972 wurde das Wahlalter für die*  
89 *Bundestagswahl analog zur Alter für die Wehrpflicht auf 18 Jahre gesenkt.*  
90 *Seitdem haben viele Bundesländer auch das Wählen bei Landtagswahlen und*  
91 *Kommunalwahlen ab 16 Jahren ermöglicht. Die Ergebnisse zeigen dabei keine*  
92 *Auffälligkeiten bei jungen Wählern. Daher sollen ab den Wahlen zum 19.*  
93 *Abgeordnetenhaus Menschen ab 16 Jahren analog zu den Wahlen zur*  
94 *Bezirksverordnetenversammlung das aktive Wahlrecht für die Wahlen zum*  
95 *Abgeordnetenhaus bekommen. Dadurch ermöglichen wir jungen Menschen*  
96 *bereits mit 16 Jahren Verantwortung für ihre Zukunft und ihre Demokratie*  
97 *wahrzunehmen.*

98 ***Option 2 :** Wir wollen junge Menschen frühzeitig für die Demokratie begeistern.*  
99 *In der Schule, Hochschule und bei den Wahlen zur*  
100 *Bezirksverordnetenversammlung können auch Menschen unter und über 18*  
101 *bereits frühzeitig Verantwortung für sich und ihre Mitmenschen in ihrer*  
102 *Umgebung übernehmen. Dafür möchten wir die Informationsangebote über*  
103 *Mitwirkungsmöglichkeiten und Transparenzgebote bei Wahlen für junge*  
104 *Menschen verbessern. Insbesondere die in Berlin stattfindenden U18 Wahlen soll*  
105 *stärker wissenschaftlich begleitet werden, um das Wahlverhalten von 16- bis*  
106 *18-Jährigen zu erforschen und eine mögliche Senkung des Wahlalters auf 16 bei*  
107 *Wahlen zum Abgeordnetenhaus oder zum Bundestag besser bewerten zu*  
108 *können.*

109 Die Briefwahl wurde 1957 in der Bundesrepublik Deutschland eingeführt. Bis auf  
110 eine leichte Anpassung im Jahr 2008, wonach der Antrag auf Briefwahl nicht  
111 mehr begründet werden muss, hat sich seither nur wenig an diesem System  
112 verändert. Was sich allerdings verändert hat, ist die Welt. Sie ist smarter,  
113 digitaler geworden. Aus der Zeit gefallen wirkt hingegen, wie wir unsere  
114 Repräsentanten in den Parlamenten wählen. Riesige Zettel, ein bunter Malstift  
115 wie aus Kindertagen. Und beim Auszählen sitzen im gesamten Wahlgebiet  
116 zehntausende erwachsene Menschen um Tische und flüstern sich gegenseitig  
117 Namen und Zahlen zu, die mit Bleistift in Papierlisten eingetragen und von A  
118 nach B getragen werden. Es geht uns darum, mit den Möglichkeiten der  
119 Digitalisierung auch wieder für Menschen erreichbar zu sein, die sich bisher nicht  
120 an der Demokratie beteiligt haben.

## Seite 11

121 Als Digitalisierungspartei ist es unser Antrieb, eine Grundlage für die digitale  
122 Partizipation und digitale Stimmabgabe zu schaffen. Die FDP Berlin setzt sich auf  
123 Bundesebene dafür ein, rechtssicher, ein digitales Wählerverzeichnis  
124 einzuführen. Jedem Bürger steht es frei, sich in das digitale Wählerverzeichnis  
125 einzutragen. Um die Sicherheit einer digitalen Abstimmung aus dem Register zu  
126 gewährleisten, werden individuelle Verifizierungen bei der Stimmabgabe  
127 eingeführt.

128 Wir blenden Risiken nicht aus und haben sie fest im Blick. Insbesondere die im  
129 Grundgesetz garantierten Grundsätze an eine freie, demokratisch legitimierte  
130 Wahl, und das vom Bundesverfassungsgericht ausformulierte Prinzip, dass die  
131 wesentlichen Schritte der Wahlhandlung und der Ergebnisermittlung vom Bürger  
132 zuverlässig und ohne besondere Sachkenntnis überprüft werden können,  
133 müssen erfüllt sein. Aber wir sehen bei allen Neuerungen zunächst die  
134 Chancen.

### 135 **3. Trauen wir uns Volksentscheide**

136 Dort, wo Bürger einen direkten Einfluss auf die Politik haben, wird er ihnen  
137 faktisch doch häufig verwehrt. So haben 56,4 Prozent der Berliner bei der  
138 Befragung zum Flughafen Tegel für die Offenhaltung des Hauptstadt-Flughafens  
139 gestimmt. Der rot-rot-grüne Senat ignoriert den Willen der Bürger jedoch in  
140 Gänze und treibt die Schließung des Flughafens unverändert voran. Die Folge  
141 davon ist, dass Bürger das Vertrauen in die Demokratie verlieren. Die FDP Berlin  
142 fordert eine grundlegende Reform der direktdemokratischen  
143 Beteiligungsmöglichkeiten, in denen auch die Chancen der Digitalisierung aktiv  
144 genutzt werden. Dabei wollen wir, dass in Berlin

145 1. Abstimmungstermine über Volksentscheide grundsätzlich auf Wahltermine  
146 gelegt und/oder gebündelt werden;

147 2. das Abgeordnetenhaus entweder nur nach einer zweijährigen Sperrfrist oder  
148 nur mit einer qualifizierten Mehrheit zu einem angenommenen Volksentscheid im  
149 Widerspruch stehende Beschlüsse fassen kann;

150 3. das Sammeln von digitalen Unterschriften auf der Stufe der Volksbegehren  
151 möglich ist;

152 4. geprüft wird, inwieweit Unterschriftlisten in der 2. Phase bei Volksbegehren  
153 auch im Umfeld von Wahllokalen gesammelt werden können;

### 154 **4. Machen, machen, machen**

155 Ein weiterer Grund für den Vertrauensverlust von Bürgern in die Politik ist die  
156 mangelnde Fähigkeit, Entscheidungen bzw. gewonnene Kompromisse auch  
157 umzusetzen.

158 Da sich Deutschland aufgrund unterschiedlicher Wahltermine quasi im  
159 Dauerwahlkampf befindet, scheuen Politiker solche Entscheidungen, welche die  
160 Wähler vor den Kopf stoßen könnten. Dies unterminiert im Ergebnis das

## Seite 12

161 Vertrauen in unsere repräsentative Demokratie mehr, als die hetzerische Rede  
162 eines Populisten im Deutschen Bundestag oder auf einem Marktplatz.

163 Die Politik muss sich selbst in die Lage versetzen, Lösungen für alle  
164 anstehenden Fragen zu finden und gleichzeitig auch die Zeit und Ruhe für  
165 Reformen und mitunter unpopuläre Entscheidungen bekommen. Die FDP Berlin  
166 fordert daher die Angleichung der Wahltermine und einheitliche fünfjährige  
167 Wahlperioden für die Landes- und Bundestagswahlen.

### 168 **5. Lassen Sie uns den Diskurs starten**

169 Aufgabe von Politikern ist es auch, mit Bürgern ins Gespräch zu kommen und  
170 Diskussionen zu führen. Gerade in Social-Media-Kanälen werden  
171 gesellschaftliche sowie politische Debatten geführt. Hier müssen Politiker den  
172 Kontakt zu anderen Bürgern und Meinungen suchen. Ein kollektiver Rückzug von  
173 Demokraten aus diesen Kanälen würde dazu führen, dass diese Bühne den  
174 Populisten überlassen bliebe. Politiker auf allen Ebenen sind aufgerufen, mit  
175 anderen Menschen in den Dialog zu kommen. Und zwar dort, wo Menschen  
176 sind. Unser Anspruch als Demokraten muss sein: Moralisieren ersetzt kein  
177 argumentieren. Wir richten einen Appell an alle demokratischen Parteien, nicht  
178 durch eigenes Handeln an der Verrohung der Sprache teilzunehmen und  
179 gleichzeitig den Dialog mit allen Bürgern und auf allen Wegen zu führen.

### 180 **6. Eine neue Wahrhaftigkeit**

181 Noch nie in der Geschichte der Menschheit war es leichter, einer großen Zahl  
182 von Menschen die eigene Sicht auf die Welt kund zu tun. Noch nie war es  
183 einfacher, sich öffentlich Stimme und Gehör zu verschaffen. Meinungs- und  
184 Pressefreiheit sind Errungenschaften liberaler Demokratien.

185 Der Mega-Trend Digitalisierung verändert nicht nur die Art, wie wir Meldungen  
186 konsumieren. Er gibt uns auch die Chance, Wahrhaftigkeit von Lügengeschichten  
187 zu unterscheiden. Online-Tools finden beispielsweise Bilder und Videos, die  
188 nachträglich bearbeitet wurden. Fakten-Checker in Redaktionen prüfen heute  
189 allerdings noch einzeln und quasi per Hand, was in Texten wahr oder  
190 möglicherweise erfunden ist.

191 Das haben auch die Feinde der Demokratie erkannt. Unter dem Deckmantel des  
192 Meinungspluralismus versuchen sie, durch Falschmeldungen, bewusste  
193 Weglassungen von Fakten oder durch Manipulation von Bildmaterial die  
194 öffentliche Meinung in ihrem Sinne zu beeinflussen. Fake-News sind keine  
195 Erscheinung des 21. Jahrhunderts. Früher hieß es nur anders. Neu ist aber die  
196 Wucht und die schiere Menge, mit der Information und Desinformation tagtäglich  
197 auf uns hereinstürzen. In einer liberalen Demokratie ist zunächst jeder selbst  
198 dafür verantwortlich, sich ein umfassendes Bild zu machen. Daher setzen wir  
199 uns dafür ein, dass gerade im Bereich der Quellen-Überprüfung sowie bei den  
200 Fähigkeiten der belastbaren Online-Recherche verstärkt Aufklärungsarbeit  
201 stattfindet.

## Seite 13

202 Wir wollen zu mehr Wahrhaftigkeit in den Online-Medien beitragen. In einem  
203 Ideenwettbewerb sollen unabhängige Vereine, Organisationen und Wissenschaft  
204 animiert werden, Vorschläge zu entwickeln, wie Bürgerinnen und Bürger auch mit  
205 technischen Mitteln bei der Einordnung von Quellen unterstützt werden können.  
206 Eine Stigmatisierung bestimmter Quellen sowie eine automatisierte Filterung von  
207 Online-Inhalten auf Falschnachrichten lehnen wir ab.

### 208 **II. Funktionierende Stadt**

#### 209 **1. Verwaltung für eine Metropole**

210 In Berlin ist es teilweise über Monate nicht möglich, Kindergeld zu beziehen, ein  
211 Auto anzumelden oder einen Pass erneuern zu lassen. Als Grund wird häufig  
212 eine Überlastung der Verwaltung angegeben. Die Folge davon ist, dass es  
213 gerade für einkommensschwache Bürger und Familien immer schwieriger wird, in  
214 dieser Stadt zu leben. Menschen mit einem hohen Einkommen können den Staat  
215 umgehen, indem sie ihre Kinder zu privaten Bildungseinrichtungen schicken oder  
216 statt staatlicher private (Freizeit-) Einrichtungen nutzen, stehen diese  
217 Möglichkeiten anderen nicht offen. Gerade für den sozialen Frieden ist ein  
218 funktionierender Staat mit einer funktionierenden Verwaltung unerlässlich. Der  
219 Anspruch der Bürger auf einen funktionierenden Staat ist ein Hauptpfeiler der  
220 Demokratie. Die FDP Berlin fordert daher den Berliner Senat auf, endlich für ein  
221 reibungsloses Funktionieren der Verwaltung und der Institutionen zu sorgen.  
222 Dazu gehört:

223 1. eine Verwaltungsreform, die Doppelstrukturen zwischen dem Land und den  
224 Bezirken auflöst;

225 2. eine vollständig digitalisierte und medienbruchfreie Verwaltung bis 2025;

226 3. den Einsatz von Blockchain und Künstlicher Intelligenz in der Verwaltung;

227 4. die generelle Auszahlung von Ansprüchen wie Kinder- und Elterngeld  
228 innerhalb von vier Wochen nach Antragstellung. Fand bis zu diesem Zeitpunkt  
229 keine Prüfung des Anspruchs durch die Verwaltung statt, ist eine Rückforderung  
230 gegebenenfalls zu viel geleisteter Zahlungen ausgeschlossen.

#### 231 **2. Wo Entscheidungen gefällt werden**

232 Wir leben in einer Zeit, in der durch eine stärkere internationale Verflechtung  
233 Diskussionen immer komplexer werden. Das gilt für globale Fragen genauso wie  
234 für die vor Ort. Problematisch ist das vor allem dann, wenn Entscheidungen  
235 nicht mehr einzelnen Akteuren zuzuschreiben und so für den Bürger nicht mehr  
236 nachvollziehbar sind. Problematisch ist aber auch, wenn keine Entscheidungen  
237 getroffen werden, weil die Kompetenzen nicht eindeutig zuzuordnen sind oder  
238 Entscheider die Konsequenzen ihres Handelns scheuen. Dies geschieht in Berlin  
239 besonders oft bei teilweise unübersichtlichen Verflechtungen und  
240 Doppelstrukturen zwischen dem Land und den Bezirken.

241 Wir fordern daher:

## Seite 14

242 1. auf allen politischen Ebene – von der Europäischen Union bis zur  
243 Bezirksverwaltung – eine Transparenz der Entscheidungsprozesse: eine  
244 „Politik-Sendungsverfolgung“ oder ein „Politik-Tracking“. Ziel muss es sein, dass  
245 Bürger die einzelnen Schritte des politischen Wegs einer Entscheidung digital  
246 eindeutig nachvollziehen können.

247 2. eine Entschlackung der Prozesse und klare Strukturen im Land Berlin. Berlin  
248 muss zu einer funktionierenden Stadt mit durchsetzungsfähiger Verwaltung  
249 werden.

250 3. das politische Bezirksamt

251 Ein starker Rechtsstaat und funktionierende Institutionen sind zwei Säulen  
252 unseres Wohlstandes. Wir leisten in vielen Ländern der Welt Hilfe beim Aufbau  
253 von staatlichen Strukturen. Unsere Idee von Regierungshandeln und die  
254 Nachvollziehbarkeit von Entscheidungen sind beispielgebend in der Welt. Doch  
255 manchmal steht diesen Positivbeispielen die fehlgeleitete Nutzung des  
256 Ermessensspielraums von Verwaltungen entgegen. Wenn etwa nicht gewählte  
257 Entscheidungsträger, sondern Verwaltungen Politik machen. So werden etwa  
258 Stickoxidwerte bei uns direkt am Auspuff neben Ampeln gemessen, während die  
259 Messstationen in anderen europäischen Ländern auf den Dächern von  
260 Krankenhäusern stehen. Die konkrete Folge davon sind Fahrverbote in unseren  
261 Städten – mit allen negativen Konsequenzen für Mittelstand und Mobilität.

262 Die Freien Demokraten Berlin wissen um die enorme Bedeutung der  
263 Nachvollziehbarkeit von Verwaltungshandeln. Wir wollen daher eine neue  
264 politische Debatte um die Gestaltung von Ermessensspielräumen anstoßen. Das  
265 Ziel politischer Maßnahmen muss von demokratisch legitimierten Entscheidern  
266 getroffen werden; die Freiheit der Verwaltung kann sich nur auf den  
267 Umsetzungsweg beschränken.

### 268 **III. Funktionierende Gesellschaft**

#### 269 **1. Smarte Bildung für selbstbestimmte Bürger**

270 In einer Welt der Veränderungen ist Bildung der Schlüssel zu einem  
271 selbstbestimmten Leben. Bildung macht den wirtschaftlichen und sozialen  
272 Aufstieg möglich. Bildung befähigt die Menschen zum eigenständigen Denken.  
273 Eine wehrhafte Demokratie ist unteilbar mit einem gut funktionierenden  
274 Bildungssystem verbunden.

275 In Berliner Schulen wird der Mangel verwaltet: Unterrichtsausfall und  
276 Investitionsstau verhindern ein gutes Lernklima. Wir wollen unsere Kinder  
277 rausholen aus den Containern in den Schulhöfen. Dem pädagogischen  
278 Einheitsbrei setzen wir die individuelle Förderung entgegen. Denn Menschen sind  
279 verschieden. Und das bereits im Kindesalter.

280 Die FDP Berlin fordert daher:

## Seite 15

281 1. Mehr Freiheit und Selbstbestimmung für die Schulen, um besser auf die  
282 individuellen Bedürfnisse der Schüler eingehen zu können. Jede Schule soll  
283 selbständig über ihr eigenes Budget verfügen und ihr Personal selbst auswählen  
284 können.

285 2. Eine gleichwertige Unterstützung aller Schulen über Schülerkostensätze und  
286 Bildungsgutscheinen. Schulen in freier Trägerschaft verzichten bei vollen  
287 Kostensätzen auf eigene Einnahmen durch Schulgeld.

288 3. Aufnahme von Medienkompetenz in die Bildungsstandards und eine  
289 konsequente Digitalisierung der Schulen und der Lernmethoden.

### 290 **2. Eine neue Denkschule für Berlin**

291 Denken wir an den Mauerfall und die Wiederherstellung der Einheit unserer  
292 Stadt, fällt uns unweigerlich die friedliche Revolution der Menschen in der DDR  
293 ein. Wer das miterlebt hat weiß, wie hart es ist Freiheit zu erringen. Freiheit und  
294 Demokratie sind in Deutschland nicht selbstverständlich und mussten in  
295 Deutschland immer wieder hart erkämpft und erstritten werden. Vor allem auch  
296 den jüngeren Generationen muss dies immer wieder vor Augen geführt werden.

297 Mit dem Campus für Demokratie auf dem Gelände des ehemaligen  
298 DDR-Ministeriums für Staatssicherheit haben wir in Berlin bereits einen Ort, an  
299 dem Erinnerungs- und Forschungsarbeit für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit  
300 geleistet wird.

301 Wir wollen den Campus für Demokratie weiterentwickeln. Unter dieser Marke  
302 soll eine neue Denkschule für liberale Demokratie in der Hauptstadt entstehen.  
303 Seminare, Lesungen, Forschungsarbeiten – wir wollen den Campus zu einem  
304 Ort der Begegnung und des Diskurses weiterentwickeln. Die Angebote für  
305 Öffentlichkeit sollen möglichst niedrigschwellig und digital zugänglich sein.

### 306 **3. Wohlstand als Grundpfeiler der Demokratie**

307 Die relative Stabilität unserer Demokratie in den letzten 70 Jahren, zuerst im  
308 Westteil des geteilten und dann im wiedervereinten Deutschland, ging mit einem  
309 relativen und stetigen Wirtschaftswachstum und damit einer Erhöhung des  
310 Lebensstandards für viele einher. Bis in die 2000er Jahre war es durch das  
311 Wirtschaftswachstum und Aufstiegschancen regelmäßig der Fall, dass Kinder  
312 wohlhabender als ihre Eltern wurden. Dieses Vertrauen in eine gute  
313 wirtschaftliche Zukunft ist in der Gesellschaft jedoch verloren gegangen. Studien  
314 belegen, dass sich 40 Prozent der Menschen in Deutschland Sorgen um die  
315 kurzfristige finanzielle Situation und 50 Prozent um die langfristige finanzielle  
316 Situation machen. Gepaart ist diese Tendenz mit einer steigenden Abgabelast  
317 der Mittelschicht. Traf der Spitzensteuersatz 1965 noch ausschließlich Personen,  
318 die das 15-fache des durchschnittlichen Bruttolohns verdienten, so muss ihn  
319 heute bereits zahlen, wer das 1,9-fache verdient.

320 Am Ende führen diese beiden Entwicklungen dazu, dass mehr Menschen  
321 besorgt auf die Zukunft blicken. Wird nun noch wahrgenommen, dass

## Seite 16

322 Deutschland nicht ausreichend auf die kommende Digitalisierungs- und  
323 Globalisierungswelle vorbereitet ist, werden aus Sorgen schnell Ängste.  
324 Populisten versprechen hier einfache, schnelle, radikale Lösungen. Demokraten  
325 müssen dagegenhalten. Angst vor Neuem setzen wir die Lust auf Veränderung  
326 entgegen. Wir wollen Deutschland fit machen für die Zukunft – durch  
327 Digitalisierung, bessere Bildung für unsere Kinder, eine lebendige  
328 Forschungslandschaft und zeitgemäße Sozial- und Finanzpolitik. Wir fordern die  
329 Steuer- und Abgabenlast der Mittelschicht zu senken.

330



# Antrag A001

**Betr.: Menschen- und Bürgerrechte von LSBTI brauchen eine starke Stimme in Europa**

**Antragsteller: FA 14 LGBTI-Politik, FA 09 Internationale Politik**

1 Bei der Europawahl entscheidet sich auch, welchen Beitrag die EU zu einem  
2 diskriminierungsfreien und gleichberechtigten Leben von Lesben, Schwulen,  
3 Bisexuellen, Transgender und Intersexuellen (LSBTI) leistet - in Europa und in  
4 der Welt. Es entscheidet sich, ob das Europäische Parlament passiv zuschaut,  
5 wenn Bürger- und Menschenrechte von LSBTI in Osteuropa, in Afrika oder Asien  
6 beschnitten werden. Oder ob eine liberale Fraktion die Stimme erhebt und  
7 notwendige Maßnahmen voranbringt.

8 Wir Freie Demokraten bekennen uns zur Universalität der Menschenrechte und  
9 lehnen jegliche Versuche ab, ihre Anwendbarkeit zu relativieren. Wir wenden  
10 uns gegen jede Diskriminierung aufgrund von Geschlecht, Religion, Hautfarbe,  
11 ethnischer Herkunft, sexueller Orientierung, Behinderung, Alter oder eines  
12 sonstigen Status. Die Unterdrückung oder Angriffe auf andere Menschen und  
13 Bevölkerungsgruppen sind stets auch Angriffe auf die Freiheit der ganzen  
14 Gesellschaft insgesamt.

15 Wir wollen in der Außen- und Entwicklungspolitik der EU entschlossen der  
16 Diskriminierung von Lesben, Schwulen, Bisexuellen, Transgender und  
17 Intersexuellen entgegentreten und setzen uns dafür ein, durch die Europäische  
18 Union LSBTI-Projekte weltweit zu fördern. Die Außenpolitik hat die  
19 Menschenrechtssituation klar in den Blick zu nehmen.

20 Bei Strafandrohungen und –verschärfungen gegen LSBTI ist die  
21 Entwicklungszusammenarbeit im Dialog mit Nichtregierungsorganisationen und  
22 Menschenrechtsverteidigern vor Ort auf den Prüfstand zu stellen, Budgethilfe  
23 gegebenenfalls zu streichen und die Zusammenarbeit mit staatlichen  
24 Einrichtungen im Partnerland zu beenden. Grundsätzlich ist die gezielte  
25 Förderung konkreter Entwicklungsziele in Kooperation mit  
26 Nichtregierungsorganisationen der ungezielten Zahlung in den allgemeinen  
27 Haushalt der Partnerländer vorzuziehen. Die Entwicklungszusammenarbeit soll  
28 zur Förderung der Toleranz gegenüber LSBTI selbstorganisierte und  
29 unabhängige LSBTI-Programme fördern. Vorhandene nationale und regionale  
30 Menschenrechtsmechanismen sollen darin unterstützt werden, ihr Mandat auf  
31 den Schutz Menschen unterschiedlicher geschlechtlicher Identität und  
32 Orientierung ausdehnen.

33 Das Recht auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit, auf Familienleben sowie auf  
34 Freizügigkeit sind fundamentale Grundrechte, die für alle EU-Bürgerinnen  
35 und-Bürger gelten. Sie gelten ausdrücklich auch für Lesben, Schwule und  
36 Bisexuelle, Trans- und Intersexuelle (LSBTI). Daher ist unionsweit durchzusetzen,

## Seite 18

37 dass Demonstrationen von LSBTI ungehindert und sicher stattfinden können.  
38 Einschränkungen, über das Leben homo-, inter und transsexueller Menschen  
39 sachlich aufzuklären, darf es nirgends in der EU geben. Denn freie  
40 Gesellschaften leben von aufgeklärten Bürgerinnen und Bürgern.

41 Wer nach dem Recht eines EU-Mitgliedstaates rechtmäßig verheiratet ist, muss  
42 in allen Mitgliedstaaten der EU als Ehegatten anerkannt werden - nicht nur  
43 hinsichtlich des Aufenthaltsrechts von Partnern aus Drittstaaten, sondern in allen  
44 Angelegenheiten. Gleichgeschlechtliche Eltern und Eltern von Leihmutter-Kindern  
45 müssen sich darauf verlassen können, dass das Familienrecht ihres  
46 Heimatlandes strikt geachtet wird.

47 Die EU muss insgesamt ein Raum sein, in dem Diskriminierung wegen sexueller  
48 Orientierung und geschlechtlicher Identität ausgeschlossen ist. Die Diskriminierung  
49 von LSBTI beim Zugang zu Waren und Dienstleistungen muss in den  
50 entsprechenden EU-Richtlinien genauso behandelt werden, wie dies bei  
51 Rassismus der Fall ist.

52 Auch bei Beitrittskandidaten darf es keine Einschränkungen bei der Achtung der  
53 Bürgerrechte von LSBTI geben. Bei Zoll-, Handels oder  
54 Zusammenarbeitsverträgen mit Drittländern muss die EU auch weiterhin auf die  
55 Einhaltung von Menschenrechten, inklusive der Rechte von LSBTI, bestehen.

56

# Antrag A002

**Betr.: Rückkehr zur Optionspflicht beim Staatsbürgerschaftsrecht**

**Antragsteller: LFA 08 Integration & Migration**

- 1 Der Landesparteitag möge beschließen:
- 2 Die Berliner FDP fordert die Wiedereinführung der Optionspflicht für in
- 3 Deutschland geborene und aufgewachsene Nicht-EU-Ausländer/-innen, wie sie
- 4 vor der Abschaffung durch die GroKo 2014 im deutschen
- 5 Staatsbürgerschaftsrecht bestand.
- 6

## **Begründung:**

Eine Rückkehr zur Optionsregelung beinhaltet vor allem die Erwartung und Verpflichtung sich über die Zugehörigkeit zu unserem Staat und der deutsch-europäischen Wertewelt Gedanken zu machen und eine klare Loyalitätsentscheidung zu treffen.

Dies enthält gleichzeitig die Aufforderung an die native Bevölkerung, zumindest alle Mitbürger/-innen mit deutscher Staatsbürgerschaft unabhängig von ihrer Nicht-EU-Herkunft als Deutsche zu betrachten.

# Antrag A003

**Betr.: Berufsbezeichnungen besser schützen.**

**Antragsteller: Bezirksverband Treptow-Köpenick**

1 Der Landesparteitag möge beschließen:

2 In der heutigen schnelllebigen Zeit wachsen Wissenschaft sowie Technik rasant  
3 heran, genauso schnell entwickeln sich immer mehr neue Berufsgruppen und mit  
4 ihnen sich auch neue Berufsbezeichnungen.

5 Die Anzahl der ungeschützten Berufsbezeichnungen in Deutschland nimmt seit  
6 Jahren kontinuierlich zu und wird somit immer unübersichtlicher für den  
7 Endverbraucher.

8 Die FDP Berlin beschließt, eine Initiative zu starten, welche geeignet ist,  
9 geschützte (i.S.v. staatlich anerkannte) von ungeschützten Berufsbezeichnungen  
10 besser zu unterscheiden.

11 Ziel dieser Initiative ist es, dass damit der Endverbraucher eine transparentere  
12 Marktübersicht erhält und somit mittels verbesserter Anbietertransparenz vor  
13 wirtschaftlichen Schäden bewahrt werden kann. Dazu könnte ein öffentliches  
14 Onlineportal im Verantwortungsbereich Bundeswirtschaftsministeriums geschaffen  
15 werden, auf welchem sich die Bürger gezielt über geschützte und ungeschützte  
16 Berufsbezeichnungen bzw. Weiterbildungsabschlüsse informieren lassen können.

17

## **Begründung:**

erfolgt mündlich.

# Antrag A004

**Betr.: Mehr Transparenz in der Hochschulpolitik**

**Antragsteller: LFA 06 Hochschulen, Forschung und Technologie**

1 Schlechte Informationsversorgung für Hochschulpolitiker. Noch schlechtere  
2 Informationsversorgung für Nicht-Hochschulpolitiker. Das ist Alltag in vielen  
3 studentischen Gremien an Berliner Hochschulen und häufig einer der  
4 Hauptgründe für fehlende Aufmerksamkeit, intransparente Vorgänge und  
5 Ineffizienz der studentischen Selbstverwaltung. Die FDP Berlin ist fest davon  
6 überzeugt, dass dies kein akzeptabler Status-Quo ist und fordert daher mehr  
7 Transparenz in studentischen und akademischen Gremien. Dafür wollen wir das  
8 Berliner Hochschulgesetz ändern. Zukünftig soll der Senat darauf hinwirken, dass  
9 Hochschulen und die Gremien folgende Maßnahmen für mehr Transparenz in  
10 der Hochschulpolitik ergreifen:

11 – Veröffentlichung von Beschlüssen

12 – Veröffentlichung von Anträgen

13 – Veröffentlichung von Rechenschaftsberichten und Sitzungsprotokollen

14 – Vorabveröffentlichung von Sitzungsterminen

15 – Gremiensitzungen unter grundsätzlicher öffentlicher Tagung

16 – Verstärkter Einsatz von Livestreams in akademischen und studentischen  
17 Gremien

18 – Verstärkte Planung von Podiumsdiskussion vor Gremienwahlen

19 – Einsicht in die finanzielle Selbstverwaltung

20 – Öffentlichen Ausschreibungen aller zu vergebenden Stellen und Posten des  
21 Allgemeinen Studierendenausschusses (AStA) bzw. des ReferentInnenRates  
22 (RefRat)

23 Durch den Einbezug der Öffentlichkeit, der expliziten Förderung von  
24 Öffentlichkeit und der damit einhergehenden verstärkten Nutzung sozialer Medien  
25 lässt sich die Informationsversorgung leicht und kostengünstig sicherstellen.  
26 Solche Strukturen führen zum Einbezug verschiedener Interessen und einem  
27 respektvolleren Umgang untereinander.

28

## **Begründung:**

erfolgt mündlich

# Antrag A005

**Betr.: Die Berliner Luft – Fortschreibung des Luftreinhalteplans 2018-2025 wissenschaftlich fundiert begleiten und mangelhafte wissenschaftliche Fundierung der bestehenden Stickoxidgrenzwerte berücksichtigen.**

**Antragsteller: Ortsverband Steglitz**

1 Die FDP Berlin unterstützt sinnvolle Bemühungen zur Verbesserung der  
2 Luftqualität in der Stadt und zum Erhalt der bereits erreichten guten Ergebnisse  
3 bei der Verringerung von Luftschadstoffen.

4 Dabei ist die Fortschreibung des Luftreinhalteplans 2018-2025 ein geeignetes  
5 Instrument, um fundiert und nachvollziehbar auf die verbliebenen  
6 Problembereiche zu reagieren, um die Gefahr von Erkrankungen und  
7 Beschwerden der Menschen zu verringern und die Luftqualität in der Stadt weiter  
8 zu verbessern.

9 Die aktuellen und durchgehend öffentlich nachvollziehbaren Daten des Berliner  
10 Luftmessnetzes „BLUME“ zeigen, dass es Ziel sein muss, die Unterschreitungen  
11 der relevanten Grenzwerte dauerhaft zu bewahren. Im Bereich des  
12 durchschnittlichen Jahreswertes für Stickstoffdioxid (NO<sub>2</sub>) muss als letztes  
13 offenes Ziel der bestehende durchschnittliche Langfrist-Grenzwert von 40  
14 Mikrogramm pro Kubikmeter Luft auch an den letzten Messstellen erreicht  
15 werden. Dies betrifft fünf von sechs Messstellen an ausgewählten  
16 Hauptverkehrsstrassen

17 Die Debatte um die wissenschaftliche Fundierung der Grenzwerte für NO<sub>2</sub> hat  
18 erwiesen, dass diese eben nicht wissenschaftlich fundiert zustande gekommen  
19 sind und zudem bloß als Richtwert mit dem ausdrücklichen Hinweis auf die  
20 mangelhafte wissenschaftliche Grundlage empfohlen wurden. Tatsache ist  
21 jedoch, dass die bestehenden Grenzwerte in ordentlichen  
22 Rechtsetzungsverfahren zustande gekommen und somit gültig sind. Eine  
23 Änderung ist daher nur durch ein neues Rechtsetzungsverfahren möglich. Es ist  
24 allerdings zu berücksichtigen, dass die Akzeptanz der Grenzwerte massiv  
25 gelitten hat. Daraus folgt, dass jede Maßnahme im Luftreinhalteplan sich  
26 besonders an Kriterien der Verhältnismäßigkeit und der allgemeinen Akzeptanz  
27 orientieren muss. Vor einschränkenden Regelungen gegen den motorisierten  
28 Individualverkehr (z. B. Tempo-30-Zonen) oder einzelne Kfz-Klassen (Fahrverbot  
29 für bestimmte Diesel-Fahrzeuge) müssen zwingend alle anderen Mittel geprüft,  
30 bewertet und vorrangig umgesetzt werden.

31 Die FDP Berlin fordert, dass mehr wissenschaftlicher und externer fachlicher  
32 Sachverstand eingebunden wird. So befasst sich beispielsweise das  
33 Fraunhofer-Institut in seinem Projekt „Morgenstadt“ mit der langfristigen Balance  
34 zwischen ökologischen, ökonomischen, technischen und sozialen Entwicklungen

## Seite 23

35 einer nachhaltigen Stadt. Im Morgenstadt City-Index für Berlin sind dabei Aspekte  
36 zusammengetragen, aus denen sich politische Rahmenbedingungen und  
37 Handlungsoptionen ableiten lassen. Das bisherige Verfahren zur Erarbeitung der  
38 Fortschreibung des Luftreinhalteplans lässt nicht erwarten, dass der  
39 Luftreinhalteplan vorbehaltlos und sachorientiert fortgeschrieben wird. Die  
40 dilettantische und mit tendenziös formulierten Suggestivfragen gespickte  
41 öffentliche Online- „Befragung“ ist die Mühe nicht wert gewesen. Bei nur rund  
42 480 Teilnahmen und mehr oder weniger vorprogrammierten Antwortschemata  
43 gehört sie in den digitalen Schredder.

44 Die FDP Berlin fordert daher bei der Fortschreibung des Luftreinhalteplans eine  
45 ganzheitliche Betrachtungsweise im Sinne der Luftreinhaltung und der  
46 Vermeidung von Treibhausgasen und nicht eine einseitige Benachteiligung des  
47 Individualverkehrs. So ist zwingend der öffentliche Nahverkehr (Nachrüstung  
48 BVG-Busse, Städtischer Fuhrpark, BSR) und der Schiffsverkehr auf den Berliner  
49 Kanälen mit einzubeziehen. Weiterhin fordert die FDP Berlin Aspekte wie  
50 Relevanz der Messungen, Verlagerungseffekte zu berücksichtigen.

51

52

### **Begründung:**

erfolgt mündlich.

# Antrag A006

**Betr.: Eine neue Berliner Verkehrspolitik – Grün und dennoch frei**

**Antragsteller: David Jahn für die Jungen Liberalen Berlin**

## 1 **Eine neue Berliner Verkehrspolitik – Grün und** 2 **dennoch frei**

3 Berlin wächst. Mehr und mehr Berlinerinnen und Berliner bewegen sich von A  
4 nach B und so wachsen ebenfalls die Anforderungen an den Verkehr. Eine  
5 wachsende Stadt bedeutet auch, dass mehr Menschen aus den Randbezirken  
6 und dem Umland in die Innenstadt pendeln und so wird eine bessere Anbindung  
7 der äußeren Stadtteile benötigt.

8 Um diesen Herausforderungen gerecht zu werden, muss Berlin seine  
9 Verkehrspolitik neu denken. Es gilt, den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV)  
10 modern und attraktiv zu gestalten, sodass mehr Berlinerinnen und Berliner ihn  
11 für die beste Alternative halten und auf ihn umsteigen. Gleichzeitig gilt es, der  
12 erfreulichen Entwicklung des steigenden Radverkehrs gerecht zu werden und  
13 eine bessere und für alle Verkehrsteilnehmer sicherere Radinfrastruktur  
14 aufzubauen – und das ohne den im Verkehrsmix wichtigen PKW-Verkehr unnötig  
15 zu belasten und die Wahlfreiheit der Verkehrsteilnehmer einzuschränken. Wir  
16 Freie Demokraten stehen für eine moderne und umweltbedachte Verkehrspolitik,  
17 die darauf verzichtet Verkehrsteilnehmer aus Gründen der Ideologie  
18 einzuschränken.

## 19 **Der ÖPNV – modern und attraktiv gestalten**

20 Um einen fließenden Verkehr in der Berliner Metropole zu garantieren ist ein  
21 attraktiver öffentlicher Personennahverkehr unerlässlich. Er bewegt große  
22 Menschenmassen am effizientesten innerhalb der Stadt, weist eine exzellente  
23 Umweltbilanz auf, vermeidet Staus auf den Straßen und ist platzsparend. Unser  
24 Anliegen ist es, den ÖPNV so attraktiv zu gestalten, dass möglichst viele  
25 Menschen ihn als die beste Option für die Erfüllung ihrer  
26 Beförderungsbedürfnisse sehen und ihn nutzen. Der Berliner ÖPNV muss eine  
27 rund um die Uhr und im gesamten Stadtgebiet verlässliche und bequeme  
28 Alternative zum Individualverkehr werden.

29 Zunächst gilt es, den Ausbau der U- und S-Bahnlinien in den Randgebieten  
30 voranzutreiben sowie die Lücken des Schienennetzes innerhalb des Ringes zu  
31 schließen. Insbesondere der Ausbau des U-Bahnnetzes lässt Potential offen. So  
32 ist mittelfristig der Ausbau der U1, U2, U3, U5, U6, U7 und U8 erstrebenswert,  
33 langfristig auch der Ausbau der U9 und der Neubau der U10 und U11 (siehe  
34 Beschluss). Der Ausbau des S-Bahnnetzes ist zwar weitestgehend



35 abgeschlossen, doch lassen sich auch hier Verbesserungenpotenziale heben. So  
36 sollte die S-Bahn von Spandau nach Falkensee verlängert werden und der Bau  
37 der S21 nicht nur von Wedding/Gesundbrunnen bis Hauptbahnhof geplant,  
38 sondern weiter über den Potsdamer Platz bis zum Südkreuz vollzogen werden.  
39 Außerdem soll die Strecke der S25 vollständig auf zwei Gleise ausgebaut  
40 werden. Die Freien Demokraten fordern ebenfalls eine offizielle Evaluierung der  
41 Verkehrsbetriebe zur Möglichkeit auch eingleisige Bahnabschnitte höher zu  
42 frequentieren.

43 Zusätzlich zum Ausbau des Streckennetzes gilt es jedoch vor allem, die  
44 Nutzung der Züge attraktiver zu gestalten. Um die Abhängigkeit der Berliner vom  
45 Individualverkehr aufzulösen, kommt insbesondere der Einführung eines  
46 durchgängigen Nachtverkehrs aller zentralen Verbindungen sowie der Erhöhung  
47 der Zugtaktung eine besondere Bedeutung zu. Der Fernverkehr (Fernbahnhöfe,  
48 Flughäfen und der Fernbusverkehr) muss von allen Stadtteilen Berlins  
49 komfortabel und rund um die Uhr gut zu erreichen sein. Deswegen fordern wir  
50 die Aufnahme des Flughafen Schönefelds bzw. Berlin-Brandenburg in die  
51 Tarifzone B. Die Park-&-Ride-Angebote an Bahnhöfen in den Randbezirken  
52 sollen erweitert werden. Hierbei sollen die Bahnhöfe in der jetzigen Tarifzone C  
53 im Mittelpunkt stehen. Ebenfalls fordern wir den Ausbau der Radparkplätze. Wir  
54 fordern außerdem die Planung und Durchsetzung weiterer Express-Pendelbusse,  
55 welche mit einer regelmäßigen Taktung die Einfahrt mit dem Bus in die Vororte  
56 attraktiv machen und der schwierigen Parkplatzsituation entgegenwirken sollen.

57 Auch der technologische Fortschritt darf vor dem Berliner Schienennetz nicht  
58 haltmachen: Wir fordern den konsequenten Ausbau der LTE-Abdeckung aller  
59 Mobilfunkanbieter in den Berliner U-Bahnen sowie die Einführung eines  
60 Chipkartensystems nach Londoner Vorbild (Oyster Card). Um den Ausbau der  
61 Taktung möglichst kostengering zu halten, fordern die Einführung von  
62 fahrerlosen Zügen im Berliner U-Bahnnetz und die Durchführung einer  
63 Machbarkeitsstudie für fahrerlose S-Bahnen. Es ist eine faire Ausschreibung des  
64 U- und S-Bahnnetzes an private Träger anzustreben.

### 65 *Fußgängerverkehr*

66 Der Fußgängerverkehr stellt den größten Anteil des Innerstädtischen Verkehrs.  
67 ihm ist genügend Raum einzuräumen. Fußgängerwege dürfen nicht mit  
68 Geschäftseinrichtungen wie z.B. Auslagen oder Tische so weit eingeschränkt  
69 werden, dass keine Barrierefreiheit mehr gewährleistet werden kann. Die  
70 Fußgängerwege sollen in einem Zustand gehalten werden, in dem sie keine  
71 Gefahr für ihre Benutzer darstellen.

72 Die Verantwortlichkeit für die ordnungsgemäße Durchführung des  
73 Winterdienstes kann auf Dritte übertragen werden. Auch bei  
74 Baustelleneinrichtungen ist vermehrt darauf zu achten, den Fußgängerverkehr  
75 nicht übermäßig zu belasten. Die Barrierefreiheit ist sicherzustellen. An Ampeln  
76 soll wenn möglich ein Überqueren innerhalb von einer Ampelphase ermöglicht  
77 werden. Es ist für genügend sichere Überquerungsmöglichkeiten zu sorgen.

78 Auf Nebenstraßen sollen - dem Beispiel anderer Metropolen folgend - baulich  
79 vereinfachte Fußgängerüberwege an allen Kreuzungsarmen angelegt werden.  
80 Außerdem soll der Fußverkehr beschleunigt werden, indem bei der Bauplanung  
81 das Anlegen intelligenter Blockdurchquerungen forciert und gefördert wird.

## 82 **Der Radverkehr – eine begrüßenswerte und sichere** 83 **Alternative**

84 Mehr und mehr Berlinerinnen und Berliner steigen auf das Rad um und seit  
85 Jahren befindet sich der Radverkehr im Wachstum. Dies ist eine begrüßenswerte  
86 Entwicklung, so ist der Radverkehr eine gesundheitsfördernde, umweltschonende  
87 und platzsparende Form des Individualverkehrs. Um diesem Trend gerecht zu  
88 werden, die Sicherheit im Stadtverkehr zu erhöhen und das Rad damit attraktiv  
89 zu halten, muss die Politik die Radinfrastruktur ausbauen – ohne den  
90 Kraftfahrzeugverkehr im Vergleich zum Status Quo übermäßig zu belasten.

91 Um die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer zu gewährleisten, ist es wichtig, dass  
92 Radfahrer auf gut instandgehaltenen Radwegen fahren können, die ein zügiges  
93 Vorankommen ermöglichen. Ziel des Radinfrastrukturausbaus muss es sein, wo  
94 es geht, den Radverkehr vom Autoverkehr getrennt zu halten.

95 Wenn möglich, soll der Radverkehr weg von den Hauptstraßen auf  
96 Nebenstraßen umgeleitet werden. Hierzu sollen vor allem in der Innenstadt mehr  
97 Nebenstraßen zu Radstraßen umgewidmet werden, welche im Einzelfall für den  
98 KFZ-Betrieb freigegeben werden können und auf denen ein Vorfahrtsrecht für  
99 den Radverkehr gilt. Die Radstraßen sollen durch ein entsprechendes  
100 Radleitsystem gut gekennzeichnet werden. Im Gegenzug kann auf einen  
101 gesonderten Radweg auf den entsprechenden Hauptstraßen verzichtet werden.

102 Dort, wo dies nicht möglich ist, sollen Radwege direkt neben der Autospur auf  
103 Fahrbahnhöhe geführt und durch einen Bordstein abgegrenzt werden. Daher soll  
104 das Berliner Radwegenetz ausgebaut und überholt werden. Zudem braucht es  
105 Radschnellwege. Um die Umwidmung von Fahrspuren und Parkraum gering zu  
106 halten, sollen möglichst:

- 107 • Bestehende Radspuren neu in Stand gebracht werden. Es ist  
108 sicherzustellen, dass die Qualität des Radstreifens dem der Fahrbahn in  
109 nichts nachsteht. Radwege sollen analog zur Fahrbahn asphaltiert werden  
110 und das Anheben der Fahrbahn durch Wurzeln, beispielsweise mit Hilfe  
111 von Wurzelsperren, verhindert werden. Ferner sollen Radwege möglichst  
112 gerade geführt werden und eine einheitliche Mindestbreite, die das  
113 Überholen erlaubt, erfüllen.
- 114 • Soweit Umwidmungen von Fahrbahnen nötig sind, sollen die  
115 gegenläufigen Radspuren direkt nebeneinander auf einer Fahrbahnseite  
116 gesetzt werden.

117 Grundsätzlich gilt, die Rodung von Straßenbäumen zu vermeiden. Es muss im  
118 Einzelfall geprüft werden, inwiefern auch Raum des Fußweges für den Ausbau

119 der Radwege genutzt werden kann, um einen unnötigen Rückbau der Fahrbahn  
120 zu vermeiden.

121 Um die Sicherheit aller Verkehrsteilnehmer zu erhöhen, sollen dort, wo ein  
122 Radweg guter Qualität vorzufinden ist, Radfahrer an dessen Nutzung gebunden  
123 werden. Wir fordern die konsequente Ahndung von Behinderung des  
124 Radverkehrs durch parkende und haltende Autos – z.B. auf Rad- und  
125 Busspuren, im Park- und Halteverbot sowie auf Radstraßen. Zur  
126 Gefahrenminimierung bei rechtsabbiegenden KFZ sind Trixie-Spiegel oder  
127 Warnsäulen an Gefahrenstellen zu installieren. Mittelfristig sollen  
128 Abbiegewarnassistenten bei neuzugelassenen LKW verpflichtend werden.

129 Radfahrer sollen bei Rot grundsätzlich rechts abbiegen dürfen, es sei denn es  
130 ist explizit nicht gestattet. Dabei gelten die gleichen Voraussetzungen wie beim  
131 grünen Pfeil.

132 Außerdem soll es ermöglicht werden Elektroscooter und andere Angebote der  
133 Mikromobilität in Berlin auf Radwegen zu nutzen.

### 134 **Das Auto – ein wichtiger Teil des Verkehrsmixes**

135 Wir Freie Demokraten halten das Auto auch in Zukunft für einen integralen  
136 Bestandteil des Berliner Verkehrsmixes, gibt es doch viele gute Gründe, warum  
137 Menschen es auch im Stadtgebiet nutzen. Zwar ist eine Neuverteilung des  
138 Straßenraumes durch den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur unvermeidbar, doch  
139 darf der Automobilverkehr nicht aus ideologischen Gründen künstlich  
140 unattraktiver gemacht werden. Zukünftig darf es nicht mehr zur Umwidmung  
141 bestehender Stellplätze ohne entsprechende Kompensation kommen, soweit die  
142 Parkraumsituation spürbar belastet wird. Bei allen verkehrsplanerischen  
143 Projekten muss die Auswirkung auf den Parkraum geprüft und im Dialog mit den  
144 betroffenen Anwohnern und Gewerbetreibenden ein gleichwertiger Ersatz für  
145 Stellflächen gefunden werden. Denkbar sind unter anderem die Schaffung von  
146 weiteren Parkhäusern und Tiefgaragen sowie die Nutzung freistehender Flächen,  
147 wie Supermarktparkplätze außerhalb der Öffnungszeiten. Aufgrund begrenzter  
148 öffentlicher Mittel ist dabei die enge Zusammenarbeit mit privaten Partnern zu  
149 suchen. Parkhäuser müssen so gebaut werden, dass eine sinnvolle Nachnutzung  
150 – z.B. einer Umwidmung zu Wohn- oder Lagerraum – eingeplant und möglich  
151 ist, sollte sich die Autoanzahl in der Stadt als Folge technischen Fortschritts, wie  
152 dem autonomen Fahren oder geänderten Gewohnheiten, verringern.

153 Um Autofahrer nicht unnötig zu belasten, sprechen sich die Freien Demokraten  
154 gegen ein Dieselfahrverbot in Berlin aus. Die pauschale Absenkung des  
155 Tempolimits von 50 auf 30 km/h in weiteren Straßenzügen gilt es zu vermeiden,  
156 stattdessen ist immer der Einzelfall zu prüfen und auch eine Erhöhung des  
157 Tempolimits auf 60 km/h nicht von vornherein auszuschließen. Gerade die  
158 Einführung von Tempo-30-Zonen zum Zweck der vermeintlichen Luftreinhaltung  
159 lehnen wir strikt ab. Bestehende Geschwindigkeitsbegrenzungen zu diesem  
160 Zweck sind zurückzunehmen. Tempo-50-Straßen, auf denen heute recht-vor-links

161 gilt, sind zu Vorfahrtsstraßen zu ernennen. Eine Reduzierung der  
162 Höchstgeschwindigkeit aus Gründen des Umweltschutzes darf nur nach  
163 Evaluierung durch Umwelt- und Verkehrsexperten durchgeführt werden.  
164 Die Wirksamkeit ist zu überprüfen und bei Nichtwirksamkeit wieder aufzuheben.  
165 Wir forcieren weiterhin den Ausbau der A100. Auf der A100 ist die allgemeine  
166 Höchstgeschwindigkeit auf 100 Km/h anzuheben, auf der Avus auf 120 Km/h. Es  
167 sind die Möglichkeiten des elektronischen Verkehrleitsystems anzuwenden.

## 168 **Die Sharing Economy – Zukunft der städtischen** 169 **Mobilität**

170 Wir Freie Demokraten begrüßen die Ausweitung von Angeboten der Sharing  
171 Economy im Berliner Stadtverkehr – ob Car-, Roller-, Bike-Sharing, Ride Hailing  
172 oder Taxi-Angeboten. Sie sind eine sinnvolle Ergänzung zum ÖPNV und stellen  
173 eine Entlastung der Parkraumsituation dar. Um die Sharing-Economy zu fördern,  
174 fordern wir eine Reihe an Maßnahmen:

- 175 • Die Aufnahme von Gesprächen zur Erweiterung der Car-Sharing-Gebiete,  
176 z.B. durch Insellösungen zum Miete-Starten und –Beenden, gegebenenfalls  
177 finanziert durch eine Mietgebührenezulage
- 178 • Mehr reservierte bzw. kostenfreie Parkplätze für die Fahrzeuge der  
179 Car-Sharing-Anbieter (Parkverbote, ausgenommen Car-Sharing)
- 180 • Außerdem fordern wir eine strengere Ahndung und Kontrolle, wenn  
181 Fahrräder, insbesondere Leihräder, nicht sachgerecht abgestellt werden  
182 und dadurch Fußgängerwege behindern.

183 Gleichzeitig müssen bestehende Schranken im Wettbewerb des  
184 Personenbeförderungsmarktes abgebaut werden. Regelungen, die das faktische  
185 Taxi-Monopol schützen und alternative Fahrdienste, wie z.B.  
186 Ride-Hailing-Angebote, verhindern, haben keine erkennbare Rechtfertigung.  
187 Beispielhaft sei hier die einstweilige Verfügung des Landgerichts Berlin gegen die  
188 Ride-Hailing-App Uber genannt, da deren Fahrzeuge als Mietwagen klassifiziert  
189 werden, die nach jeder abgeschlossenen Fahrt zu ihrer Betriebsstätte  
190 zurückkehren müssen, dies jedoch in der Vergangenheit häufig nicht getan  
191 haben. Auch in der Straßenverkehrsordnung ist eine Andersbehandlung von  
192 Taxifahrern gegenüber anderen Verkehrsteilnehmern nicht zu rechtfertigen.

## 193 **Innovation eine Heimat bieten**

194 Auch in Zukunft wird der Fortschritt der Technologie und das anhaltende  
195 Wachstum der Stadt die Berliner Verkehrsinfrastruktur vor weitere  
196 Herausforderungen stellen. Nicht alleine deshalb gilt es Berlin zu einem Zentrum  
197 für die Verkehrslösungen von morgen zu machen. Um die Entwicklung moderner  
198 Verkehrstechnologien zu fördern, darf sich die Berliner Politik keine Schranken in  
199 den Kopf setzen – egal ob Seilbahn, Wasserverkehr, Flugtaxen oder eine  
200 Hyperloopverbindung nach Paris.

## Seite 29

201 Bereits heute gilt es ein innovationsfreundliches Klima in der Stadt zu schaffen.  
202 Wir fordern Berlin möglichst früh, zu einem Testgelände für das autonome  
203 Fahren zu machen und den Automobilherstellern die Erprobung der Technologie  
204 auf unseren Straßen zu erlauben. Auch bei der Erprobung von neuen  
205 Antriebstechnologien muss Berlin seinen Beitrag leisten. So wollen wir in  
206 Kooperation mit der privaten Wirtschaft die Ladeinfrastruktur im Stadtgebiet  
207 ausbauen und Berlin zum Testgelände für neue Technologie machen (z.B.  
208 Induktionsladung).

209

### **Begründung:**

Erfolgt mündlich.

# Antrag A007

**Betr.:** Gerechtigkeit im öffentlichen Nahverkehr

**Antragsteller:** David Jahn für die Jungen Liberalen Berlin

## 1 Gerechtigkeit im öffentlichen Nahverkehr

2

3 Die Freien Demokraten fordern das "Schwarzfahren"  
4 (Beförderungerschleichung) in §265a StGB von einer Straftat auf eine  
5 Ordnungswidrigkeit abzusenken.

6

### **Begründung:**

Erfolgt mündlich.

# Antrag A008

**Betr.: Keine Quoten bei öffentlichen Wahlen!**

**Antragsteller: David Jahn für die Jungen Liberalen Berlin**

## 1 **Keine Quoten bei öffentlichen Wahlen!**

2 Als Freie Demokraten wünschen und begrüßen wir ausdrücklich die  
3 Repräsentation der gesellschaftlichen Vielfalt in den Parlamenten als Ausdruck  
4 einer offenen und pluralistischen Gesellschaft. Diese Vielfalt sollte jedoch nicht  
5 auf einem gesetzlichen Zwang, sondern auf dem Prinzip der Freiwilligkeit  
6 beruhen.

7 Aus diesem Grund lehnen wir die Festschreibung von Quotierungen im  
8 Wahlrecht bei öffentlichen Wahlen nach Herkunft, Geschlecht, Alter oder anderer  
9 akzidentieller Eigenschaften ab.

10 Quotierte Wahllisten stellen einen nicht zu rechtfertigenden Eingriff in die  
11 Gleichheit der Wahl für Bundesländer nach Artikel 28 GG dar. Im Falle von  
12 Berlin verstoßen sie gleichzeitig gegen Artikel 39 der Verfassung von Berlin.  
13 Wahl-Quotierungen verstoßen ihrer Natur nach gegen ein Grundprinzip der  
14 Demokratie, die freie Wahl. Dieses Prinzip würde durch eine Quotierung in zwei  
15 Hinsichten verletzt: (i) der Wähler könnte seine Stimme nicht mehr frei,  
16 unbeeinflusst und ohne Zwang abgeben, (ii) die Freiheit der politischen  
17 Partizipation würde durch Zwang ersetzt.

18 Wir plädieren weiterhin für die Autonomie der einzelnen Parteien in der  
19 Entscheidung, ob und wie sie die Vielfalt der Wahllisten erhöhen können oder  
20 wen sie für einen Wahlkreis nominieren. Dabei steht jeder Partei offen, sich  
21 freiwillig für eine Quote zu entscheiden.

22

## **Begründung:**

Erfolgt mündlich.

# Antrag A009

**Betr.:** Taximarkt liberalisieren und digitalisieren

**Antragsteller:** David Jahn für die Jungen Liberalen Berlin

## 1 Taximarkt liberalisieren und digitalisieren

2 Die staatliche Regulierung des Taximarktes ist nicht mehr zeitgemäß. Die  
3 Digitalisierung erlaubt eine Erneuerung des Marktes für Personenbeförderung,  
4 die zu einer Differenzierung nach Qualität und somit auch zu einer  
5 marktbasierter statt einer staatlich regulierten Preisbildung führen kann. Mehr  
6 Wahlfreiheit und Wettbewerb führen im Personenbeförderungsverkehr, sei es  
7 durch die erfolgreiche Liberalisierung des Fernbusmarktes, sei es bei  
8 Individualverkehrsmitteln zu einer Verbesserung für alle Verbraucher.

9 Zur Qualitätssicherung und Gewährleistung der Sicherheit der Fahrgäste ist eine  
10 Regulierung des Marktes für Personenbeförderung unerlässlich. Allerdings  
11 basieren die aktuellen Regeln auf der Annahme, dass die Ausbildung von  
12 Taxifahrern (Ortskenntnisse) hohe Kosten verursacht, welche bei einer  
13 Marktverdrängung quasi ruinös auf die Unternehmen wirken. Ein Wettbewerb  
14 hieß nach dem Verständnis des Gesetzgebers also immer ein Wettbewerb nach  
15 unten: schlechtere (und unsicherere) Fahrzeuge sowie Fahrer, die entgegen des  
16 Kundeninteresses schlecht ausgebildet sind (also den kürzesten Weg nicht  
17 kennen). Durch moderne Qualitätssicherung wie Kundenbewertungen in  
18 Taxi-/Fahrtapps und Navigationsapps werden diese Regelungen jedoch  
19 überflüssig und verhindern neue Impulse, die im Sinne der Verbraucher wären.  
20 Eine Öffnung des Taximarktes führt nicht zu einem dysfunktionalen Markt – das  
21 zeigen die Erfahrungen aus anderen Ländern.

22 Die Freien Demokraten Berlin fordern daher die Abschaffung der quantitativen  
23 Zulassungsbeschränkung (Konzessionsvergabe nach Bedarfsmarktprüfung) nach  
24 § 13 Abs. 4 PBefG. Auch die Unterscheidung zwischen Mietwagen und Taxis  
25 und die damit verbundene „Rückkehrpflicht“ im PersBefG für Dienste wie Uber  
26 muss abgeschafft werden.

27 Künftig ist jedem, der eine Fahrerlaubnis, ein nicht einschlägig belastetes  
28 polizeiliches Führungszeugnis und eine Insassenversicherung vorweisen kann,  
29 auf Antrag ein Personenbeförderungsschein zu erteilen. Die Anforderungen an  
30 Sicherheitsstandards der Fahrzeuge sollen beibehalten und kontrolliert werden.  
31 Dies soll jedoch verstärkt digital erfolgen. Qualitätskontrolle kann in  
32 bedeutendem Umfang durch Apps und andere Plattformen durch deren Nutzer  
33 erfolgen. Über etwaige rechtliche Probleme, wie beispielsweise Haftungsfragen,  
34 ist gesondert zu beraten. Auch die Bezahlung muss ohne zusätzliche Kosten per  
35 Smartphone, Kredit- und Giro-Karte möglich sein. Die in Berlin erhobene Gebühr  
36 von 1,50 € ist ab 2018 unverzüglich abzuschaffen.



## Seite 33

37 Die Taxi-Preise sollen nicht mehr planwirtschaftlich festgelegt, sondern einem  
38 marktwirtschaftlichen Wettbewerb unterworfen werden. Die  
39 Preisauszeichnungspflicht bleibt davon jedoch unberührt – so muss bereits beim  
40 Betreten des Fahrzeuges klar sein, welche Kosten für eine Fahrt anfallen.  
41 Strecke, Preis und Fahrerinformationen sollten vor und nach der Fahrt (als  
42 Beleg) über eine App oder als Email mitgeteilt werden. Diese Informationen  
43 sollten ohne die Daten der Strecke und der beförderten Person/Besteller des  
44 Fahrdienstes auch den zuständigen Regulierungsbehörden zur Verfügung  
45 gestellt werden können. So können Unternehmen kostengünstig und effizient ihre  
46 Pflichten gegenüber den Regulierungsbehörden erfüllen.

47 Im Sinne der Transparenz ist den Fahrern eine Prognose des  
48 Median-Stundenlohns vor und nach Kosten (Verschleiß, Sprit) basierend auf  
49 Live-Daten durch die Plattform zur Verfügung zu stellen, sofern diese nicht  
50 angestellt sind.

51 Vorschriften zu Beschaffenheit und Aussehen der Fahrzeuge (wie Farbe, Anzahl  
52 der Türen, Alarmanlage etc.) sollten abgeschafft werden, sofern sie über die  
53 gesetzlichen Bestimmungen zur Zulassung eines KFZs hinausgehen. Lediglich  
54 eine Kenntlichmachung, die das Fahrzeug als gewerbliche Personenbeförderung  
55 identifiziert, bleibt verpflichtend. Um eine missbräuchliche Kennzeichnung zur  
56 Ausnutzung von Vorrechten aus u.a. der Straßenverkehrsordnung zu verhindern,  
57 müssen klare Regelungen geschaffen werden, die sicherstellen, dass eine  
58 Kennzeichnung nur stattfindet, wenn sich das Fahrzeug in einer aktiven  
59 gewerblichen Nutzung befindet.

60 Wir vertrauen darauf, dass die Freigabe des Taximarktes weitere Innovationen  
61 hervorbringen wird, welche sich für die Verbraucher positiv auswirken werden.

62

### **Begründung:**

Erfolgt mündlich.

# Antrag A010

**Betr.: Echte Verbesserung statt Feiertagssymbolik: Neun Ansätze für eine funktionierende Frauenpolitik**

**Antragsteller: LFA 04 Gender, Liberale Frauen Berlin, Dr. Maren Jasper-Winter MdA, Christoph Meyer MdB, Daniela Kluckert MdB, Sebastian Czaja MdA, Katja v. Maur-Reinhold, Athanasia Rousiamani-Goldthau, Carola v. Braun**

1 Anstatt mit konkreter Politik das Leben der über 1,8 Millionen Frauen in Berlin  
2 einfacher zu machen, werden sie von Rot-Rot-Grün mit dem 8. März als  
3 gesetzlichen Feiertag abgespeist. Er soll ein „Frauenkampftag“ sein. Doch diese  
4 Art von Symbolpolitik bringt keinerlei Verbesserung für die tatsächlichen  
5 Probleme der Frauen in dieser Stadt. Berliner Frauen haben mehr verdient als  
6 einen Feiertag.

7 Wir Freie Demokratinnen und Demokraten Berlin stehen für eine  
8 funktionierende Frauenpolitik, die die Vielfalt der Lebensentwürfe von Frauen vor  
9 Ort stärkt. Wir wollen Frauen und Männern gleichermaßen die freie Entfaltung  
10 und den Zugang und die Chancen zu allen Lebensbereichen ermöglichen.

## 11 1. **Echte Freiheit bei der Berufswahl beginnt schon in KiTa und Schule**

12 Rollenbilder prägen schon sehr früh die Vorstellung bei Kindern über ihre  
13 spätere Berufswahl. Das führt häufig dazu, dass Mädchen weniger in den  
14 sogenannten MINT Fächern (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften,  
15 Technik) engagiert sind. Wir Freie Demokratinnen und Demokraten setzen uns  
16 dafür ein, dass Mädchen und Frauen ermutigt werden und die gleichen Chancen  
17 wie Männer haben. Vor allem in den entsprechenden MINT-Berufen sehen wir  
18 hier noch Handlungsbedarf. Denn nur 15 % Frauen sind in diesen Berufen  
19 vertreten. Umgekehrt fordern wir auch, dass Jungen und junge Männer auch für  
20 soziale Berufe begeistert werden.

21 · In Schulen und in Kindertagesstätten müssen mehr männliche Lehrer und  
22 Erzieher tätig werden. Zudem sollen diese Berufe durch eine gute und moderne  
23 Ausstattung aufgewertet werden. Genau wie Grundschullehrerinnen und -lehrer  
24 durch die Vergütungsneuordnung an den Schulen besser bezahlt werden als  
25 bisher, müssen auch Erzieherinnen und Erzieher besser bezahlt werden.

26 · In Schulen sollen Role Models (Vorbilder) Kinder und Jugendlichen ermuntern,  
27 Berufe jenseits der stereotypen Rollenbilder zu wählen. Hier setzen wir vor allem  
28 auf „Ausbildungsbotschafterinnen und -botschafter“, die im Rahmen der  
29 Berufsorientierung flächendeckend an Schulen gehen und auf einen höheren  
30 Praxisanteil und mehr Praktika insbesondere in den MINT-Fächern achten.  
31 Projekte wie der „Girls' Day“ oder „Boys' Day“ sind gut, reichen aber bei weitem  
32 nicht aus.

33 · Lehrkräfte sollen darauf achten, in den MINT-Fächern bei Mädchen und  
34 Jungen die gleichen Leistungserwartungen zu haben. Zeitweise  
35 geschlechtergetrennter Unterricht in den MINT-Fächern kann das Selbstvertrauen  
36 von Mädchen sowie die Aktivität der Fächer für Mädchen steigern.

## 37 **2. Bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf**

38 Ganz überwiegend sind es noch die Frauen, die neben ihrem Beruf die  
39 Familienarbeit übernehmen. Deshalb sind gerade sie in Berlin von dem Mangel  
40 an KiTa-Plätzen und einer schlechten Organisation der Platzverteilung, die  
41 langsam und intransparent ist, betroffen. Damit sich das ändert, brauchen wir  
42 wesentlich bessere Rahmenbedingungen:

43 · Wir brauchen mehr Kindertagesstätten-Plätze bzw. Plätze bei Tagesmüttern  
44 und-vätern mit flexibleren Öffnungszeiten. Dazu gehören selbstverständlich auch  
45 Notfall-Angeboten über Nacht oder am Wochenende und insbesondere für  
46 Menschen die Schichtarbeit leisten, „24-Stunden-Kitas“. Des Weiteren sollten  
47 auch für Menschen, die im Schichtdienst arbeiten, Kinderbetreuung zu Hause  
48 staatlich unterstützt werden. Das in diesem Zusammenhang bereits bestehende  
49 Angebot „MOKIS“ (= ) ist auszubauen.

50 · Betriebskindergärten sollten auf Wunsch der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter  
51 eingeführt werden. Der Senat sollte dies bei den landeseigenen Einrichtungen  
52 und Bereichen, z. B. bei der Berliner Polizei, unterstützen.

53 · Wir fordern den Senat auf, endlich ein Online-Portal einzurichten, auf dem  
54 Erziehungsberechtigte ihr Kind für einen Kindertagesstätten- oder Schulplatz,  
55 Tagesmütter- aber auch Tagesväterbetreuungen vormerken können. Nur so kann  
56 im Interesse aller für eine schnellere und leichtere Verteilung der Plätze, gesorgt  
57 werden.

## 58 **3. Zügigere Auszahlung des Unterhaltsvorschusses für Alleinerziehende**

59 Fast in jeder dritten Familie mit Kindern unter 18 Jahren in Berlin ist ein  
60 Elternteil alleinerziehend. 90 % aller Alleinerziehenden sind Frauen. Sie stellen  
61 fast 90 000 der knapp 100 000 Berliner Alleinerziehenden. Um Alleinerziehende  
62 und ihre Kinder besser zu unterstützen, fordern wir, dass die  
63 Unterhaltsvorschüsse durch die Bezirksamter schneller ausgezahlt werden.  
64 Zurzeit warten Alleinerziehende in drei von vier Fällen mehr als drei Monate auf  
65 diese existentielle staatliche Leistung. Gleichzeitig müssen die Bezirksamter die  
66 Rückholquote von im Schnitt 11 % verbessern und zur Entlastung der  
67 Unterhaltsvorschussstellen ein professionelles Forderungsmanagement einführen.

68 Zudem fordern wir, dass Familien schneller staatliche Leistungen, wie Kinder-  
69 und Elterngeld erhalten. Diese Gelder sind im Regelfall innerhalb von vier  
70 Wochen nach Antragstellung auszuzahlen. Fand bis zu diesem Zeitpunkt keine  
71 Prüfung des Anspruchs durch die Verwaltung statt, ist eine Rückforderung  
72 gegebenenfalls zu viel geleisteter Zahlungen, ausgeschlossen.

73 **4. Start-up-Hauptstadt Berlin: Unternehmergeist schon in der Schule**  
74 **kennenlernen**

75 Berlin ist Start-up-Hauptstadt. Doch es ist noch viel mehr möglich. Immer noch  
76 bereiten die Schulen auf Gründungen nicht vor. Laut Start-up-Monitor 2018 sind  
77 nur ca. 15 % Frauen Gründerinnen im Start-Up-Bereich vertreten. Wir wollen  
78 Mädchen genauso wie Jungen, schon frühzeitig in ihrer Persönlichkeit stärken.  
79 Wir Freie Demokratinnen und Demokraten setzen uns dafür ein, dass  
80 Schülerinnen und Schüler in der Schule frühzeitig Wirtschaftskompetenz lernen  
81 und schon Unternehmertum bzw. Entrepreneurship kennenlernen. Im Rahmen  
82 eines einzuführenden Schulfachs „Wirtschaft“ sollen Projekte stattfinden, die  
83 Schülerinnen und Schüler ermuntern, sich später einmal selbständig zu machen.  
84 Dies stärkt die Persönlichkeit und gibt gerade denjenigen Mut, die nicht aus einer  
85 Familie kommen, in der Unternehmertum vorgelebt wird.

86 **5. Lebenslanges Lernen – bessere Chancen für Frauen**

87 Im Zeitalter der Digitalisierung gewinnt die stetige Weiterbildung und  
88 Qualifizierung während der Berufstätigkeit und sogar darüber hinaus immer mehr  
89 Bedeutung. Berufsbilder und Anforderungen in Wirtschaft und Gesellschaft  
90 verändern sich immer schneller und umfassender. Insbesondere für viele Frauen,  
91 die im Niedriglohnsektor arbeiten, wollen wir mit mehr Angeboten im Bereich von  
92 Weiterbildung und Qualifizierung ermöglichen, sich für eine andere und bessere  
93 Tätigkeit zu qualifizieren. Wir fordern den Senat deshalb auf, endlich ein  
94 Weiterbildungsgesetz vorzulegen, das eine einheitliche Strategie für  
95 Weiterbildung in Berlin schafft. Hiermit muss die Basis für ein zweites  
96 Bildungssystem für das ganze Leben geschaffen werden.

97 Zudem müssen verstärkt Angebote geschaffen werden, die es ermöglichen,  
98 nach einer längeren Berufstätigkeit noch ein Studium oder eine Ausbildung zu  
99 absolvieren. Hier besteht zum Beispiel bei den Hebammen in Berlin noch  
100 Nachholbedarf: Ganze 5 Studienplätze gibt es in Berlin, um noch den Bachelor in  
101 diesem Bereich aufzusatteln. Die Platzkapazitäten müssen hier erhöht werden –  
102 auch um diesen Beruf attraktiver zu machen und perspektivisch für eine bessere  
103 Bezahlung zu sorgen.

104 **6. Gleiche Bezahlung für gleiche Leistung**

105 Bei gleicher Qualifikation, bei gleicher Arbeit und bei gleicher Biografie gibt es in  
106 Deutschland und auch in Berlin aktuell noch immer einen Gehaltsunterschied von  
107 sechs Prozent („bereinigter Gender Pay Gap“). Als Partei der  
108 Leistungsgerechtigkeit ist es für uns auch in Berlin inakzeptabel, dass in diesem  
109 Falle das Geschlecht und nicht die Leistung über das Einkommen entscheidet.  
110 Deshalb fordern wir gleiche Bezahlung für gleiche und gleichwertige Leistung.

111 Wir Freien Demokratinnen und Demokraten unterstützen alle Impulse und  
112 Anstrengungen um Verhandlungsstärke von Frauen in Bezug auf das Gehalt zu  
113 verbessern.

114 Landeseigene Unternehmen und Behörden sollen ihren unternehmens- bzw.  
115 behördeneigenen Gender Pay Gap offenlegen.

#### 116 **7. Der öffentliche Dienst muss vorangehen**

117 Wir Freie Demokratinnen und Demokraten erwarten vom öffentlichen Dienst als  
118 Arbeitgeber eine besondere Anstrengung, gleichberechtigtes Arbeiten von  
119 Frauen und Männern insbesondere in Führungspositionen zu ermöglichen. Die  
120 Anforderungen, die die öffentliche Hand an private Unternehmen stellt, muss sie  
121 zunächst an sich stellen und auch vorbildhaft erfüllen. Eine Flexibilisierung der  
122 Arbeitszeit, mobiles Arbeiten, ganzheitliches Diversity Management auf allen  
123 Ebenen, eine gleichberechtigte Repräsentanz von Frauen in Führungspositionen  
124 und Jobsharing auf Leitungsebenen müssen daher durchgängig in der  
125 Verwaltung umgesetzt werden. Wir fordern den Senat auf zu überprüfen und  
126 offenzulegen, inwieweit Teilzeitbeschäftigte im Vergleich zu Vollzeitbeschäftigten  
127 beruflich Karriere machen können.

#### 128 **8. Null Toleranz bei Belästigung**

129 Wir Freie Demokratinnen und Demokraten verurteilen jegliche Form von  
130 sexueller Belästigung. Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung haben  
131 verheerende Folgen für die Opfer und sind kein „Kavaliersdelikt“. Eine  
132 gesellschaftliche Debatte und Änderung der Umgangskultur miteinander ist  
133 erforderlich. Deshalb begrüßen wir den offenen, durch die #metoo-Debatte  
134 angestoßenen Diskurs. Viel zu lang wurden Probleme tabuisiert. Der offene  
135 Umgang mit diesen Fragen, hilft Männern und Frauen dabei, die Grenze  
136 zwischen „nett gemeinten Komplimenten“ und sexueller Belästigung zu setzen  
137 und zu verstehen. Wir Freie Demokratinnen und Demokraten erwarten von uns  
138 allen gerade in hierarchischen Strukturen wie sie zum Beispiel in  
139 Arbeitsverhältnissen herrschen, einen sensiblen Umgang miteinander. Sexuelle  
140 Anspielungen haben hier genauso wenig etwas zu suchen wie sexistische oder  
141 homophobe Witze, denn sie degradieren die oftmals in  
142 Abhängigkeitsverhältnissen arbeitenden Frauen und Männer.

#### 143 **9. Recht auf körperliche Unversehrtheit**

144 Gewalt gegen Frauen, Männer und Kinder muss verhindert werden. Wenn sie  
145 doch stattfindet, muss den Opfern schnell geholfen und Taten schnell geahndet  
146 werden. Hierfür ist es unabdinglich, dass die Gewaltschutzambulanzen,  
147 Krankenhäuser, Arztpraxen, die Berliner Polizei und die Justiz gut ausgebildet  
148 und ausgestattet sind. Wir begrüßen es, dass die Berliner Polizei Anstrengungen  
149 unternimmt, mehr Frauen – auch mit Migrationshintergrund – für den  
150 Polizeidienst zu gewinnen. Dies erleichtert es, gerade weiblichen Opfern von  
151 Gewalt, eine Aussage zu machen.

152 • Wir unterstützen das Land Berlin bei einer ausreichenden Finanzierung  
153 von Gewaltschutzambulanzen, Schutzwohnungen und Frauenhäusern. Zur  
154 Hilfe von wohnungslosen und obdachlosen Frauen in Notsituationen  
155 fordern wir den Senat auf, das Überleben der Kriseneinrichtungen in Berlin

## Seite 38

156 zu sichern und die Finanzierung zu vereinfachen und ausreichend  
157 auszustatten.

158 • Wir begrüßen die Einrichtung der „Gewaltschutzambulanz“ der Charité  
159 Berlin und setzen uns für eine langfristige Einrichtung und Erweiterung des  
160 Modellprojekts ein.

161 • Eine bessere Aufklärung über weibliche Genitalverstümmelung (vor allem  
162 für Ärztinnen und Ärzte, Hebammen, Jugendämter etc.) muss erfolgen.  
163 Betroffene Frauen müssen Beratung erhalten können und informiert  
164 werden, welche Konsequenzen die Verstümmelung bei ihren Töchtern  
165 haben kann.

166

### **Begründung:**

erfolgt mündlich

# Antrag A011

**Betr.: Smart City konkret und bürgernah: Mit LoRaWAN und Open Data gemeinsam das vernetzte Berlin starten**

**Antragsteller: Ortsverband Prenzlauer Berg**

1 Die FDP Berlin fordert die Bezirks- und Senatsverwaltung auf:

2 1. Konsequenterweise nicht Personen bezogene Daten der Verwaltung und der  
3 öffentlichen Betriebe in Maschinen lesbarer Form freizugeben und dafür  
4 Personalstellen (open-data Beauftragte) vorzusehen.

5 2. den Aufbau einer kostenfreien Infrastruktur für vernetzte Sensoren im  
6 öffentlichen Raum zu unterstützen, bspw. durch die Installation passender  
7 Technik (z.B. Long Range Wide Area Network – LoRaWAN) an öffentlichen  
8 Gebäuden.

9 3. konkrete Testgebiete vorzuschlagen und Regeln zu definieren, so dass  
10 Bürgerinnen und Bürger unkompliziert Sensoren im öffentlichen Raum anbringen  
11 können.

12 4. das Leitbild der vernetzten Stadt in allen Politikfeldern, wie bspw. Mobilität,  
13 öffentliche Sicherheit, Bildung, Wohnen, umzusetzen und mit Leben zu erfüllen.

14

## **Begründung:**

Wir wollen die Digitalisierung unserer Stadt für die Berliner Bürgerinnen und Bürger konkret erfahrbar machen, zum einen durch die kostenlose Freigabe von nicht Personen bezogenen Datenbeständen aus öffentlichen Behörden in Maschinen lesbarer Form (open data) und zum anderen durch Einrichten von Testgebieten zum freien Experimentieren mit vernetzten Sensoren im öffentlichen Raum.

Neben dem Wunsch der Berlinerinnen und Berliner nach erhöhter Transparenz im Regierungs- und Verwaltungshandeln verbindet man mit open data die Überzeugung, dass interessierte Bürger aus Eigeninitiative mehr nutzenstiftende Anwendungen für Daten schaffen als Behörden. Insbesondere bei der visuellen Aufbereitung von Daten sind findige Entwickler oft schneller und erfahrener als eine Behörde. Der Senat bietet dafür bereits eine Plattform ([daten.berlin.de](http://daten.berlin.de)), diese wird aber nur unzureichend genutzt. Damit sich dies nachhaltig verbessert, bedarf es Personalstellen (open data Beauftragte) in den Behörden, welche die Daten systematisch sammeln, aufbereiten und auf die Plattform laden. Diese sollten wir in der Verwaltung einfordern.

Open data ist auch ein wichtiges Instrument der Wirtschaftsförderung. Durch sie können innovative Unternehmen ortsbezogene Online-Dienstleistung und Geschäftsmodelle

## Seite 40

entwickeln. Dies gelingt umso besser, je aktueller die Daten zur Verfügung stehen. Hier wird nun die Verbindung zur vernetzten Stadt interessant, die mit Sensoren Daten in der Breite und zeitnah bis hin zur Echtzeit bereitstellen kann.

Wir wollen uns deshalb für zahlreiche Testgebiete verteilt auf die ganze Stadt (öffentliche Plätze, Quartiere, Straßenzüge, Behörden, etc.) einsetzen, um damit viele Bürger zu erreichen. Sie sollen dort unkompliziert Sensoren im öffentlichen Raum (Ampeln, Mülleimern, Verkehrsschilder, Parkscheinautomaten, Fahrradstellplätze, Gebäudefassaden, ...) selbst installieren dürfen. Für Erfinder, Kreative, Technologieunternehmen, aber auch Schulen wäre so ein sicheres Umfeld für erste experimentelle Schritte gegeben. Selbst für die Verwaltung ergäben sich zahlreiche Einsatzmöglichkeiten, z.B. für eine vereinfachte und intelligente Wartung innerhalb von Gebäuden (Heizungszähler) als auch im Straßenland (Baustellen, etc.). Ein konkretes Konzept zu den Testgebieten ist im Bezirksverband Pankow erhältlich und klärt insbesondere die Fragen zur Haftung, Genehmigung, Datenschutz, open data und Durchführung bis hin zur wissenschaftlichen Begleitung.

Als zugrundeliegende Technik schlagen wir dazu TTN/LoRaWAN vor, das auch von der Technologiestiftung Berlin unterstützt wird. Es handelt sich dabei um eine bereits in ersten Kommunen (z.B. der Bitkom-Sieger „digital Stadt“ Darmstadt) erprobte Funktechnik zur Vernetzung von Sensoren der Smart City. Vorteil ist ihre hohe Reichweite (1-3 km), ihr geringer Stromverbrauch (einfache Knopfzellen genügen) und gute Durchdringung von Gebäuden bis in tiefe Keller. Erste Anwendungen existieren im Bereich Überwachung von Mülleimerfüllständen, Luftqualität und Parkplatzbelegung. In Kombination mit der weltweiten Open-Source-Gemeinde „The Things Network“ (TTN), die nach dem gleichen Prinzip des gemeinsamen Teilens von WLAN Routern (z.B. „Telekom FON“) funktioniert, kann auf einfache Weise eine Internet der Dinge-Infrastruktur aufgebaut werden. Die sog. TTN-Gateways (Zusatz zu einem herkömmlichen Router) erlauben es, die Sensor-Messwerte direkt in das Internet weiterzuleiten (die Datenübertragung erfolgt dabei gesichert). Konkret fordern wir im o.g. Konzept das unmittelbare Hochladen auf die open data Plattform Berlin. Somit könnte die vernetzte Stadt von Bürgern für alle Bürger transparent errichtet werden.

Auch wenn die Community in Berlin stetig wächst, ist die komplette Abdeckung der Stadt noch nicht gegeben. Wichtig hierzu wäre, dass der Senat und die Bezirke passende Antennen an öffentlichen Gebäuden installieren. Es wäre ein sichtbares Signal, dass Berlin die Digitalisierung der öffentlichen Infrastruktur ernst nimmt. Einen entsprechenden Antrag haben wir in der Bezirksverordnetenversammlung Pankow eingebracht (Drucksache VIII-0589).

Die FDP Berlin soll selbst mit gutem Beispiel im Bereich Internet-der-Dinge vorangehen und ihre eigenen Router zu TTN-Gateways erweitern. Unterstützung bei der Installation kann dazu bei der Technologie Stiftung Berlin eingeholt werden.

Mit dem hier vorgestellten Konzept sollen die Chancen der Digitalisierung vor Ort durch nachhaltige Verbesserung für Bürger und Verwaltung erfahrbar gemacht, Lerneffekte erzielt und damit Ängste vor dieser neuen Technologie abgebaut werden. Durch diesen breiten



## **Seite 41**

Ansatz erhoffen wir das Potenzial der vernetzten Stadt im Hinblick auf Ressourcenschonung, Zeitgewinn und erhöhte Verfügbarkeit von Dienstleistungen für uns alle besser erkennbar zu machen.

# Antrag SÄA001

**Betr.: Anpassung LFA -Reform**

**Antragsteller: FDP Landesvorstand**

1 **§ 8 Absatz 3**

2 streiche in 3. „-und Arbeitskreise“

3 streiche 4.

4 ändere in 5. (alt) „eine“ in „die“

5 **§ 10**

6 streiche Absatz 4

7 füge ein Absatz 5 (alt) nach können Arbeitskreise: „durch Beschluss des  
8 Landesausschusses oder des Landesvorstands“

9 neu Absatz 5 (nach alt 5, jetzt 4): „Näheres regelt die Geschäftsordnung für  
10 Landesfachausschüsse.“

11 **§ 59**

12 streiche den Absatz.

13

## **Begründung:**

erfolgt mündlich

# Antrag SÄA002

**Betr.:** Harmonisierung der Berechnungsfristen

**Antragsteller:** FDP Landesvorstand

1 **§ 34**

2 füge ein in Absatz 1:

3 neuer Satz 2:

4 Zugänge begründen Mitgliedsmonate ab dem laufenden Monat, Abgänge  
5 beenden Mitgliedsmonate ab dem laufenden Monat.

6 streiche Absatz **2a**.

7

8 Diese Regelung tritt am 01.01.2020 in Kraft

9

## **Begründung:**

erfolgt mündlich

# Antrag SÄA003

**Betr.: Alex-Müller-Verfahren vorziehen**

**Antragsteller: Jungen Liberalen Berlin, FDP Friedrichshain-Kreuzberg,  
Christoph Meyer MdB**

1 Der Landesparteitag möge beschließen:

2 **Alex-Müller-Verfahren vorziehen**

3 **§ 40 Tagesordnung, Beratung (2a) wird wie folgt neu gefasst und (2b)**  
4 **hinzugefügt:**

5 „(2a) Die Reihenfolge, in der Anträge beraten werden, wird durch alle Mitglieder  
6 der FDP Berlin mittels einer elektronischen Abstimmung festgelegt. Hierzu richtet  
7 der Landesvorstand ein Abstimmungsformular ein, welches die Kontrolle der  
8 Stimmberechtigung und die Anonymität des Abstimmungsverfahrens  
9 gewährleistet. Über dieses Formular erhält jedes nach Satz 1 stimmberechtigte  
10 Mitglied die Möglichkeit, bis zu 5 Anträge zu markieren. Jeder Antrag darf nur  
11 einmal markiert werden. Die Anträge werden entsprechend der Anzahl der für  
12 sie abgegebenen Stimmen beraten, wobei der Antrag mit den meisten Stimmen  
13 als erster beraten wird. Bei Stimmgleichheit entscheidet die Reihenfolge des  
14 Antragseingangs. Die Abstimmung beginnt 10 Tage und endet 5 Tage vor dem  
15 Landesparteitag. Der Landesvorstand veröffentlicht das Abstimmungsergebnis  
16 unverzüglich, spätestens jedoch binnen 36 Stunden nach Ende des  
17 Abstimmungszeitraums auf der Internetpräsenz des Landesverbands. Die  
18 Stimmabgaben sind anonymisiert elektronisch zu protokollieren. Dieses Protokoll  
19 ist vor Beginn der Antragsberatung dem Tagungspräsidium zur Kontrolle  
20 vorzulegen. Die anonymisierte Auswertung erfolgt durch den  
21 Wahlprüfungsausschuss und wird dem elektronischen Abstimmungsergebnis  
22 hinzugefügt. Der Landesvorstand hat das Recht, höchstens zwei Anträge als  
23 sogenannte Leitanträge einzureichen, welche von dieser Regelung  
24 ausgenommen sind.

25 (2b) Über Dringlichkeitsanträge befindet der Landesparteitag gem. § 39 (2) zu  
26 Beginn der Antragsberatung. Dringlichkeitsanträge werden in der Reihenfolge  
27 des Antragseingangs vorrangig vor Sachanträgen beraten.“

28

## **Begründung:**

Die Antragsberatung auf Landesparteitagen kann durch das vorgelagerte Alex-Müller-Verfahren früher beginnen. Die Mitglieder der FDP Berlin haben so mehr Zeit für die inhaltliche Diskussion. Neben der Zeitersparnis auf dem Parteitag selbst ermöglicht das vorgezogene Alex-Müller-Verfahren den Mitgliedern eine bessere Vorbereitung. Wer vorher

## Seite 45

weiß, welche Anträge wann beraten werden, hat mehr Zeit sich intensiv mit dem Für und Wider der Argumente auseinanderzusetzen. Bisher wird dieses Verfahren bereits bei den Jungen Liberalen (JuLis) Berlin, dem Bundesverband der JuLis und dem FDP Landesverband Baden-Württemberg erfolgreich angewandt. Die FDP Nordrhein-Westfalen hat online eine Abstimmung über den Koalitionsvertrag auf Landesebene durchgeführt und auf dem Bundesparteitag 2017 kamen Geräte zum Einsatz, die live vor Ort die Antragsreihenfolge ermittelten. Auch die ALDE Party hat bereits mehrjährige Erfahrungen mit elektronischen Abstimmungen gesammelt, wie etwa die paneuropäische Wahl von Mitgliedern des Steering Committee, die Wahl von Country Coordinators und die Wahl von Delegierten für den ALDE-Europakongress. Der vorliegende Antrag wäre die konsequente Weiterentwicklung bereits erprobter Verfahren im Sinne der Partizipation der Mitglieder bzw. Delegierten sowie der Reduktion des organisatorischen Aufwands auf Parteitag. Nicht zuletzt wird damit auch die Landesgeschäftsstelle entlastet. Auf Parteitagen stehen der Landesvorstand sowie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landesgeschäftsstelle unter einer hohen Arbeitsbelastung. Die Erstellung von Wahlzetteln (z.B. das Alex-Müller-Verfahren) ist aufwendig und kostet Zeit. Durch die bisherige Pflicht mögl. Dringlichkeitsanträge abzuwarten, können die Stimmzettel zur Festlegung der Antragsreihenfolge auch nur teilweise vorbereitet werden.

# Antrag SÄA004

**Betr.: Landesparteitag als Landesmitgliederversammlung**

**Antragsteller: OV Schöneberg**

1 § 7 (4) „Der Landesparteitag besteht aus 350 von den Ortsverbänden gewählten  
2 Delegierten.“

3 wird ersetzt durch:

4 „Auf Landesparteitagen haben alle Mitglieder des Landesverbandes Rederecht,  
5 Stimmrecht und Antragsrecht.“

6 Damit einher gehen folgende Änderungen bzw. Ergänzungen:

7 1. „Jedes Mitglied des Landesparteitages hat eine Stimme. Vertretung ist  
8 unzulässig.“

9 2. „Satzungsänderungen bedürfen einer Mehrheit von zwei Dritteln der  
10 abgegebenen gültigen Stimmen, mindestens aber die Stimmen von zehn Prozent  
11 der Mitglieder des Landesverbandes zum Zeitpunkt der Einladung.“

12

## **Begründung:**

Seit einer Satzungsreform zu Beginn Jahres 2015 besteht der Landesparteitag der FDP Hamburg aus allen FDP-Mitgliedern im Hamburger Landesverband. Die Parteifreundinnen und Parteifreunde in Hamburg haben damit gute Erfahrungen gemacht. Die Anzahl der Parteimitglieder ist stabil geblieben, aber die Anzahl der Teilnehmer an Parteitagen ist um etwa 10 Prozent gestiegen. (Genauere Zahlen werden bis zum Parteitag in Hamburg erfragt und nachgereicht. Ebenso ggf. weitere notwendige Änderungen bzw. Ergänzungen der Satzung, die in Hamburg infolge der Satzungsänderung durchgeführt werden mussten und auch in Berlin notwendig wären).